

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, In der Klotzbach 14, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Jörg Schumacher
Pestalozzistraße 13, 63179 Oberthausen

GdP BZG Osthessen

V.i.S.d.P. Ewald Gerk, Rehweg 2, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Vorwort

Seite 5

Adelbert Steinberg bei Neuwahlen im Amt bestätigt

Seite 9

Südosthessen: Beförderungsrunde Oktober abgeschlossen

Seite 11

Herbstausflug der Kreisgruppe Main-Kinzig

Seite 11

„Problem Jugendkriminalität“ – Schein und Wirklichkeit!?

Seite 15

MP Hanau: Abschied ist der Beginn der Erinnerung

Seite 25

Bad Hersfeld: Zehn Jahre im neuen Gebäude

Seite 28

„Mister Bau“ sagt leise Adieu

Seite 31

Interview mit dem HPR-Vorsitzenden Henning Möller

Seite 32

Räumliche Zusammenlegung des RVD Fulda und der PAST Petersberg

Seite 37

Inhaltsverzeichnis

Bikerfreunde Osthessen „Tour 2008-die Zehnte“

Seite 37

PP Südosthessen: Langjähriges Engagement

Seite 40

KG Vogelsberg: Verdienstvoller GdP'ler hatte 70. Geburtstag

Seite 40

Osthessen: Fußballturnier der Bundespolizei Hünfeld

Seite 41

KG Fulda: Zahlreiche Dienstjubiläen im Oktober

Seite 43

Sommerfahrt der Vogelsberger Seniorengruppe

Seite 45

Schlüchtern: Nachruf zum Tod von Reinhold Diegmüller

Seite 45

Seniorenseite

Seite 46

TARIFKOMMISSION DER GDP HESSEN BE-SCHLIEßT KÜNDIGUNG DES TARIFVERTRAGES

Die Tarifrunde 2009 steht vor der Tür und soll ab 19. Januar 2009 beginnen (Das Angebot des Arbeitgebers wird am 26. Januar 2009 erwartet und am 14./15. Februar sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein). Da Hessen nicht der TdL angehört, muss hier eigenständig insbesondere über mehr Geld verhandelt werden. Voraussetzung, um gemeinsam mit den anderen Bundesländern in die Tarifgespräche 2009 zu gehen, war die Kündigung des Tarifvertrages über die Einkommensverbesserung 2008.

Die Tarifkommission der GdP Hessen akzeptiert keinen Tarifabschluss unterhalb des Tarifabschlusses des Bundes und der Gemeinden im Jahre 2008. Dort wurde zum 01.01.2008 eine Erhöhung der Gehälter um 3,1 Prozent vereinbart und gleichzeitig der Sockelbetrag um 50 Euro angehoben. Am 01.01.2009 gibt es eine weitere Erhöhung um 2,8 Prozent und eine Einmalzahlung von 225 Euro. Die Tarifkommissionen der DGB-Gewerkschaften werden Anfang Dezember ihre Forderungen aufstellen.

Liebe Kolleginnen,

liebe Kollegen,

das hessische Polit-Debakel dürfte wohl einmalig und nicht zu toppen sein. Am 28. Januar hatten die hessischen Bürgerinnen und Bürger ihren politischen Willen kund getan und den gewählten Abgeordneten einen klaren Auftrag erteilt. Nur was haben unsere Politiker daraus gemacht?

Unstreitbar stand nach dem Wahltermin im Januar 2008 fest, dass die Mehrheit der Wähler einen Politikwechsel wollte. Sie hatten der CDU-Alleinregierung eine klare Absage erteilt, auch wenn die CDU als stärkste Partei aus der Landtagswahl hervorging. Und genau ab diesem Zeitpunkt begann der Wählerwille zum Problem zu werden. Wer kann mit wem eine mehrheitsfähige Koalition eingehen? Wer spricht mit wem, oder auch nicht? Diese Fragen waren/sind augenscheinlich für die Politiker weit wichtiger als die konsequente Umsetzung des Wählerwillens.

Als unausweichliche Folge der nicht zustande kommenden regierungsfähigen Mehrheit sind nach Auffassung der Fraktionen im Hessischen Landtag Neuwahlen. Man überlässt jetzt wieder einmal die Entscheidung dem Wähler. Bleibt zu hoffen, ob der Wählerwille dann auch akzeptiert und konsequent umgesetzt wird? Noch ein Jahr mit einer geschäftsführenden Landesregierung verkraften wir nicht.

Gleichwohl obliegt es bei jedem von uns, durch seine Stimme die politische Ausrichtung der neuen Landesregierung zu bestimmen. Lassen wir uns nicht von Personalquerelen ablenken und konzentrieren uns auf die inhaltlichen Aussagen der Parteien. Und noch eines ist ganz wichtig: wählen gehen! Wer, aus welchen Gründen auch immer, dem derzeitigen Polit-Theater durch Wahlverweigerung seine Meinung sagen will, erreicht genau das Gegenteil. Dann bestimmen die Wenigen, die zur Wahl gehen und die Interessen der Mehrheit. Also: Bildet aus den Inhalten der Parteiprogramme Eure Meinung und macht dann auf dem Wahlzettel das Kreuz an der Stelle, an der Ihr glaubt es wäre das Beste für Euch.

Losgelöst von dem politischen Durcheinander ist es an der Zeit die Frage zu stellen: Welche GdP-Forderungen die Landtagsfraktionen in Angriff oder bereits umgesetzt haben. Das verordnete Besoldungsdiktat wurde in freien Tarifverhandlungen deutlich spürbar nachgebessert. Als es jedoch um die inhalts- und zeitgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten ging, bildete sich im Landtag eine Jamaika-Koalition und kurzum wurde eine zeitliche Verschiebung der Besoldungsübertragung beschlossen. Man gewinnt den Eindruck, dass, wenn es gegen die Landesbeschäftigten geht, man sich blitzschnell einigen kann.

Darüber hinaus hatte und hat die GdP Forderungen an die Politik. Dies sind unter anderem:

- q Weg von der 42-Stundenwoche!
- q Zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL)!
- q Schaffung ausreichender Planstellen für Tarif und Vollzugsdienst!
- q Nachvollziehbare Karriereplanung und ausreichend Aufstiegsmöglichkeiten!
- q Lohn- und Gehaltsverbesserungen durch faire Tarifverhandlungen und
- q ein faires Miteinander in den Dienststellen!

Dies sind keine Forderungen um der Forderung willen! Sie sind dringend notwendig und geboten, um den Polizeiberuf auch für die Zukunft attraktiv zu halten. Deshalb werden wir jede Gelegenheit und Möglichkeit nutzen, um die GdP-Forderungen zu stellen und auch die politisch Verantwortlichen damit konfrontieren.

Vorwort

Weihnachten steht vor der Tür! Weihnachten ist auch die Zeit, in der man sich etwas wünschen kann. Wollen wir nicht maßlos sein, und wünschen uns nur kleine Dinge, die wenig kosten und trotzdem große Wirkung haben:

- ê Die sofortige Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage (rückwirkend ab 01. Januar 2008)!
- ê Die sofortige Streichung der 42-Stunden-Woche bei Tarifbeschäftigten!
- ê Die Rücknahme der Arbeitszeiterhöhung der Beamten/-innen auf mindestens 40-Wochen-Stunden!
- ê Die Wiedereinführung der Mitbestimmung im hessischen Personalvertretungsrecht!
- ê Wiedereinführung des Leitgedankens „verhandeln statt verordnen“!
- ê Keine Erhöhung der Lebensarbeitszeit!

Weihnachten steht vor der Tür! Weihnachten ist nur noch für die Kinder ein schönes Fest. Die Erwachsenen reflektieren, wie schlecht war das vergangene Jahr, was passiert mit uns im nächsten Jahr, insbesondere unter dem Blickwinkel der Finanzkrise, von der wir zur Zeit erst die Ausläufer spüren? Viele haben Zukunftsängste, nicht nur für sich, sondern auch für ihre Kinder. Es ist aber nicht festzustellen, dass sich unsere Politiker um diese Sorgen kümmern. Sie selbst haben es ja auch nicht nötig. Ihre Diäten stimmen, auch über das Pensionsalter hinaus.

Die GdP wird die Parteien wieder im Rahmen der „Wahlprüfsterne“ am 07. Januar 2009 ihre Fragen stellen. Die Antworten der einzelnen Parteien werden unmittelbar im Anschluss an die Veranstaltung veröffentlicht. Besser ist es, wenn Ihr alle zu der Veranstaltung kommt und den Politikern sagt, was wir wollen.

Das Jahr ist nun fast zu Ende. Wir wünschen euch allen und euren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und anschließend einen guten Rutsch ins neue Jahr 2009.

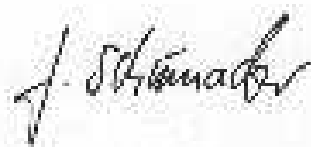
Für diejenigen von uns, die leider Dienst machen müssen, hoffen wir auf wenige Einsätze und kommt gesund wieder nach Hause.

Bis zum neuen Jahr

Euer



Ewald Gerke
BZG-Osthessen



Jörg Schumacher
BZG-Südosthessen

Adelbert Steinberg bei Neuwahlen im Amt bestätigt

Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg versammelten sich die Mitglieder am 13. November in der Gaststätte „Klosterbrunnen“ in Bad Hersfeld-Petersberg.

Als Gäste konnte der Vorsitzende Adelbert Steinberg Henning Möller (Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Polizei), Ewald Gerke (Vorsitzender der Bezirksgruppe der GdP in Osthessen) und den Leiter der Polizeidirektion Hersfeld-Rotenburg, Herrn Kriminaldirektor Michael Janßen begrüßen.



Die Jahreshauptversammlung war wie immer gut besucht.

an dieser Demonstration mit ca. 300 Teilnehmern.

Als weiteres großes Thema behandelte der Vorsitzende die Stellensituation der Polizei im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Seit Einführung des Polizeipräsidiums Osthessen seien im Bereich der Direktion Hersfeld-Rotenburg weit über 20 Stellen abgezogen worden. Steinberg befürchtet nun aufgrund neuer Berechnungen einen weiteren Stellenabzug aus den Dienststellen. Die GdP Hersfeld-Rotenburg wird einen weiteren Stellenabbau zum Nachteil der Bevölkerung im Landkreis nicht hinnehmen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Als eine der Maßnahmen erinnerte Adelbert Steinberg an die sehr erfolgreiche und für Aufsehen sorgende Postkartenaktion der GdP im Dezember 2007.

Nach weiteren Ausführungen zum innerdienstlichen Bereich gab Kassierer Karl Grenzebach seinen Bericht ab. Für die Kassenprüfer berichtete Klaus Troch.

Er bescheinigte Karl Grenzebach eine tadellose Kassenführung und stellte den Antrag auf Entlastung des Vorstands, der einstimmig erteilt wurde.

Vor den anstehenden Neuwahlen wurde für 40jährige Mitgliedschaft: **Karl Brandau, Reinhold Haag, Manfred Eberhardt** und für 25jährige Mitgliedschaft: **Günther Barth, Markus Bohle, Uwe Bött-**

cher, Heike Kehres, Harald Scholz, Ulrich Stiebing und Elmar Vogel geehrt.

Vor den Neuwahlen bedankte sich Adelbert Steinberg für das bisher entgegengebrachte Vertrauen für den bisherigen Vorstand. Da das Vorstandsmitglied Hiltrud Sandrock aus Altersgründen nicht mehr für ein Amt zur Verfügung stand, wurde sie durch Adelbert Steinberg mit einem Präsent geehrt.

In den neuen Vorstand wurden gewählt:

Vorsitzender: Adelbert Steinberg

Vertreter: Lars Schmidt

Kassierer: Jan Schneider

Vertreter: Karl Grenzebach

Schriftführer: Michael Grohmann

Vertreter: Klaus Hocke

Kripo-Vertreter: Manfred Knoch

Arbeitnehmer: Ruth Steinberg

Vertreter: Björn Seiffert

Frauen: Melanie Teichmüller

Genderbeauftragte: Esther Jaekel

Senioren: Johannes Schäfer

Die Kasse der Kreisgruppe wird durch die Mitglieder **Wilfried Leiter** und **Christine Rinner** geprüft.

KD Michael Janßen bedankte sich in seinem Grußwort für die sehr



Kreisgruppenvorsitzender Adelbert Steinberg wurde in seinem Amt bestätigt.

In seinem Jahresbericht ließ Adelbert Steinberg die Arbeit der Kreisgruppe im vergangenen Jahr Revue passieren lassen. Er stellte heraus, dass die einige Mitglieder der Kreisgruppe an zwei Demonstrationen am 28.02.08 in Wiesbaden und 06.03.08 in Bad Hersfeld teilnahmen. Ausgerüstet mit den neu angeschafften gelb/grünen Demo-Jacken hoben sich die Teilnehmer der GdP Hersfeld-Rotenburg sehr stark von den anderen Teilnehmern ab. Die Bevölkerung der Kreisstadt zeigte angenehm überrascht durch die Teilnahme der GdP



Der Leiter der PD Hersfeld-Rotenburg, Kriminaldirektor Michael Janßen während seines Grußwortes.

gute Zusammenarbeit mit der Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich diese Arbeit auch mit dem neu gewählten Vorstand fortsetzen lässt.

Henning Möller berichtete in seinem Referat über die anstehenden Veränderungen auf Landesebene. Er sprach u. a. das Beamtenstatusgesetz an, das im Mai 2009 durch den Bund als Ausfluss der Förderalismusreform in Deutschland verabschiedet wird. Bis dahin müssen im



EHRUNGEN, v.l.: Günther Barth (25 Jahre GdP-Mitglied, Kreisgruppenvorsitzender Adelbert Steinberg, Reinhold Haag und Karl Brandau (40 Jahre GdP-Mitglied) und Bezirksgruppenvorsitzender Ewald Gerk.

Land Hessen eine Neuordnung der Besoldung und eine Regelung zur Arbeitszeit erfolgen.

Inwieweit dies aber durch die zurzeit bestehenden Tendenzen des Landtages umgesetzt werden soll, sei unbekannt. In der sich anschließenden Diskussion wurden Fragen im Bezug auf die Regierungsarbeit im Bezug auf die Hessische Polizei, den Stellenabbau und viele innerdienstliche Probleme mit Henning Möller und Ewald Gerk erörtert.

Zum Schluss der Veranstaltung bedankte sich Adelbert Steinberg im

Namen des neu gewählten Vorstands für das entgegengebrachte Vertrauen.

Er rief den Mitgliedern zu, dass nur gemeinsam mit allen Mitgliedern die gesteckten Ziele für die nächsten vier Jahre erreicht werden können.

Adelbert Steinberg
Bad Hersfeld

“Blick über den Zaun“

Unterschiedliche Altersgrenzen

Rheinland-Pfalz darf das Pensionsalter für Polizeibeamt/innen erhöhen. Unterschiedliche Altersgrenzen einzelner Beamtengruppen (Schichtdienst/Tagdienst/höherer Dienst/gehobener Dienst) verstoßen nicht gegen die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Auch das Recht auf Gleichbehandlung werde dadurch nicht verletzt, hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt (Az.: 2 BvR 108/07). Das BVerfG gibt dem Gesetzgeber Gestaltungsspielraum, selbst zu entscheiden, bis zu welchem Zeitpunkt er die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der jeweiligen Beamtengruppe als noch gegeben ansieht.

“Führung auf Zeit“ rechtswidrig

Die Vergabe von Führungsämtern auf Zeit verletzt das Lebenszeitprinzip, hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt (Az.: 2 BvR 11/07). Geklagt hatten Beamte, die darauf drängten, dass ihnen das jeweilige Amt auf Lebenszeit zustehe. Das gilt analog auch für Führungsaufgaben zur Probe. Das BVerfG bestätigte diese Auffassung. Das Lebenszeitprinzip mit der Übertragung aller einer Laufbahn zugeordneten Ämter gehöre zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Dies gelte es zu beachten, auch um die Unabhängigkeit von Beamt/innen zu gewährleisten und sie zu “unparteiischem Dienst für die Gesamtheit zu befähigen“.

Kein Pensionsnachteil bei Teilzeit

Teilzeitbeamt/innen dürfen bei den Pensionsansprüchen nicht benachteiligt werden, weil dies vor allem die häufig in Teilzeitjobs tätigen Frauen trifft. Diese Rechtsauffassung des DGB hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Eine Vorschrift, wonach teilzeitbeschäftigte Beamt/innen einen besonderen Abschlag bei ihrer Altersversorgung hinnehmen müssen, wurde für nichtig erklärt. Das gilt auch für bestandskräftige Bescheide. Das BMI hat den Beschluss bereits umgesetzt.

NW

Beförderungsrunde Oktober 2008 abgeschlossen

Mit der Aushändigung der Urkunden zur Beförderung in die A 10 an die glücklichen Kolleginnen und Kollegen am 23.10.08 durch PP Heinrich Bernhardt wurde die Beförderungsrunde für den Oktober 2008 im PP Südosthessen abgeschlossen.

Mit Ausnahme von zwei beklagten Verfahren (1 x A 13 und 1 x A 11) konnten alle Beförderungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Für den Personalrat übermittelte der Vorsitzende Rudi Ott die besten Glückwünsche. In seiner kleinen Ansprache brachte er seine Freude darüber zum Ausdruck, dass letztlich doch mehr Beförderungen in die A 10 möglich wurden, als zunächst zu erwarten waren. Dennoch verbleiben in der Behörde noch 27 Kollegen/-innen, die die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, und eine baldige Beförderung in die A 10 anstreben.



Die „Glücklichen“ auf der Treppe des Präsidiums in Offenbach.

Die GdP-Bezirksgruppe gratuliert allen Kollegen/-innen zur Beförderung und wünscht alles Gute.

Peter Happ
Bezirksgruppe Süd-Ost

Herbstausflug der Kreisgruppe Main-Kinzig

Der traditionelle Herbstausflug Kreisgruppe Main - Kinzig führte am 20.09.2008 zunächst zum Grenz-museum „Point Alpha“ bei Rasdorf und später nach Eisenach, wo die Wartburg besichtigt wurde.

Nachdem alle Teilnehmer von Hanau aus eingesammelt waren, traf der voll besetzte Bus auf dem Parkplatz des Museums ein. Hier wurde die Truppe von Peter Happ und dessen Ehefrau Gudrun mit einem reichlich gedeckten Tisch bereits erwartet. Gestärkt durch die wohlbekannten Köstlichkeiten – natürlich gab es auch Schwartemagen und Kümmelbrot- wurde unter fachkundiger Führung von Herrn Christmann die unrühmliche jüngere deutsche Geschichte unseres ehemals geteilten Vaterlandes in die Erinnerung zurückgerufen.

Wir wurden darüber informiert, dass in der sowjetischen Besatzungszone zunächst die Sowjetarmee den Grenzdienst übernommen



Dicht umlagert waren die Tische, auf denen das traditionelle Frühstück angeboten wurde.

hatte. Ende des Jahre 1945 wurden die ersten Grenzpolizisten eingesetzt, 1946 eine Grenzpolizei aufgestellt, die im Jahre 1952 in Deut-

sche Grenzpolizei umbenannt wurde. Die Grenzsicherungsanlagen entlang der Westgrenze der DDR wurden schrittweise zu einem tief

Kreisgruppe Main-Kinzig



Die Gruppe passiert nachdenklich die Mauer, ein unrühmliches Bauwerk deutscher Geschichte.

deseinheitlichen Zollgrenzdienst überführt. Im Mai 1951 wurde der Bundesgrenzschutz als Polizei des Bundes gegründet und nahm als drittes westliches Grenzorgan den Grenzdienst auf. Erschreckend für alle Teilnehmer war die Erkenntnis, dass bei einem durchaus möglichen Kriegsausbruch in der Hochphase des „Kalten Krieges“ unsere Region in den Planspielen des Warschauer Paktes mit der sogenannten Kon-

gestaffelten, nahezu unüberwindlichen System von Sperr- und Sicherheitsanlagen ausgebaut. 1955 übernahm die Deutsche Grenzpolizei die alleinige Grenzüberwachung. Sie wurde 1961 als „Kommando Grenze“ unter das Kommando der NVA gestellt, 1974 als „Grenztruppen der DDR“ schließlich dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt. Noch 1990 erfolgte eine Umorganisation der Grenztruppen. Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurden sie aufgelöst.

In der US Besatzungszone lag die Aufgabe der Grenzüberwachung anfangs bei den U.S. Constabulary Einheiten, später wurde diese Tätigkeit durch die US-Cavalry Verbände übernommen. In Hessen wurde die Hessische Grenzpolizei ab 01. Ja-



Die interessierte Gruppe lauscht am Zaun den Ausführungen von Herrn Christman.

nuar 1946 anfangs unter Aufsicht der US-Verbände zusätzlich mit der Überwachung der Grenze eingesetzt. Sie wurde 1950 in den bun-

zeption „Fulda Cap“ eine Schlüsselrolle gespielt hätte.

Nach der Führung an der ehemaligen Grenze und den bewegenden Eindrücken ging es mit dem Bus weiter zur Wartburg. Dort angekommen, ging es hinauf auf das etwa 400 Meter hoch gelegene Felsplateau auf dem die Burg errichtet wurde.

Für die Mitglieder die nicht so gut zu Fuß waren, wurde eigens ein Buschuttle organisiert.

Kurzweilig und unterhaltsam führte uns ein fachkundiger junger Mann durch das historische Gebäude, das im Jahr 1080 erstmals urkundlich erwähnt wurde. Bruno, der Bischof von Merseburg benannte ein Heerlager von König Heinrich IV am Fuße einer Burg namens Wartberg.



Vor der interessanten Führung auf der Wartburg hatten wir Gelegenheit zu einem Erinnerungsfoto.

Im Jahre 1206 wird der bekannte Sängerkrieg auf der Wartburg erstmals dokumentiert. In den folgenden Jahrhunderten hatte die Wartburg eine bewegende Geschichte. Unter anderem hatte Martin Luther als „Junker Jörg“ hier für einige Zeit Unterschlupf gefunden hatte.

Der vom Kaiser geächtete und vom Papst gebannte Martin Luther verbirgt sich in der Vogtei der Wartburg. In den Monaten seiner Schutzhaft lebt und arbeitet er in einem

kargen Raum, der heutigen Luthertube.

In nur zehn Wochen übersetzt Luther hier das Neue Testament unter Zugrundelegung des griechischen Urtextes ins „Deutsche“. Bis heute gilt diese Übersetzung als Ausgangspunkt deutsche Grammatik und Rechtsschreibung. Wer kennt nicht den ominösen Tintenfleck an der Wand seiner Kemenate, den wir jedoch vergeblich suchten. Touristen

sollen ihn im Verlauf der Jahre abgekratzt haben.

Bevor nach einem ausgefüllten Tag die Heimreise angetreten wurde, folgte nach verkürzter Stadtbesichtigung das gemeinsame Abendessen in einem Lokal in der Innenstadt von Eisenach.

Norbert Tumbrägel
GdP Main-Kinzig

Stellenpool für Beamte: Versetzung ist verfassungswidrig

Nach dem Berliner „Stellenpoolgesetz“ werden diejenigen Beamten zum Stellenpool versetzt, deren Beschäftigung bei ihren bisherigen Dienststellen durch den Wegfall oder die Verlagerung ihrer Aufgaben nicht mehr möglich ist. Durch die Versetzung verlieren die Beamten ihr bisheriges Amt, ohne beim Stellenpool ein neues Amt zu erhalten. Stattdessen werden sie nach Art von Leiharbeitnehmern zu verschiedenen Berliner Dienststellen abgeordnet oder bei Beschäftigungslosigkeit fortgebildet oder umgeschult. Dies verstößt gegen den verfassungsrechtlich abgesicherten Grundsatz, dass jedem Beamten ein seinem Status entsprechendes Amt übertragen werden muss, in dem er amtsangemessen zu beschäftigen ist.

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18. September 2008 - 2 C 3.07 und 2 C 8.07

Unfallversicherung: Beim Tanken ohne Schutz

Erleidet ein Versicherter früh morgens beim Tanken auf dem Weg zur Arbeitsstelle einen Unfall, so muss die gesetzliche Unfallversicherung nicht für die Folgen aufkommen.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin verunglückte auf der Fahrt zur Arbeit. Sie hatte nicht den direkten Weg zu ihrer Arbeitsstätte gewählt. Vielmehr war sie bis zur nächsten Ortschaft in Gegenrichtung gefahren, um an der dort zur frühen Morgenstunde bereits geöffneten Tankstelle zu tanken. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall mit der Begründung ab, dass der Unfall sich nicht auf dem versicherten Weg zur Arbeit ereignet habe. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Versicherte sind zwar nicht ausschließlich auf dem kürzesten Weg von und zur Arbeitsstätte geschützt. Längere Wege sind jedoch vom Versicherungsschutz nur erfasst, wenn für diese objektiv nachvollziehbare betriebsbezogene Gegebenheiten sprechen. Hiervon sei auszugehen, wenn eine verkehrstechnisch schlechte Strecke umgangen oder eine weniger verkehrsreiche bzw. schneller befahrbare Straße genutzt werde. Solche Gründe waren für den erheblichen Umweg der verunglückten Arbeitnehmerin nicht zu erkennen. Tanken gehört grundsätzlich zum unversicherten persönlichen Lebensbereich. Versicherungsschutz besteht nur, wenn während der Fahrt das Auftanken zum Erreichen des Ziels unvorhergesehen notwendig wird. Die Arbeitnehmerin hingegen hätte ihre nur 18 km entfernte Arbeitsstätte problemlos erreichen können, da bei Fahrtantritt der Reservebereich noch nicht angebrochen gewesen war

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 20. Mai 2008 - L 3 U 195/07

Nicht vergessen!

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Vogelsberg

**Am Dienstag, 09. Dezember 2008,
17.00 Uhr, in Schwalmtal-Rainrod,
Gaststätte "Graulich".**

Wolfgang Denke-Otterbein
Vorsitzender

„Problem Jugendkriminalität“ – Schein und Wirklichkeit!? Betrachtungen aus der Sicht eines Vertreters der Polizei

I. Thematisierung

Der „Pulverdampf“ des hessischen Wahlkampfs ist längst verhaucht. Am Thema Jugendkriminalität hatten sich die Gemüter entzündet. Selbst bei größter Aufmerksamkeit blieb den Bürgerinnen und Bürgern dennoch die Dimension der Jugendkriminalität verschlossen.

Dieser Artikel versucht ein wenig Licht ins Dunkle zu bringen, um daran anknüpfend einige sozial- und kriminalpolitische Forderungen zu erheben. Angesichts der unzähligen und kaum überschaubaren Fachartikel und Veröffentlichungen sicherlich ein schwieriges Unterfangen und in der Kürze auch nicht allumfassend.

Zugleich sei es erlaubt, unsere Politiker – egal welcher Couleur – an ihre Zusagen zu erinnern, sich auch nach der Wahl um dieses Thema kümmern zu wollen. Mit seiner Regierungserklärung vom 9.4.08 hat unser Ministerpräsident bereits reagiert. Nichts wäre schlimmer, als wenn alle wieder zur Tagesordnung übergangen und diese Problematik völlig aus den Augen verlören.

Die Bürgerinnen und Bürger hätten dafür kein Verständnis. Sie, die in den Ballungsräumen wohnen und verkehren sind es gerade, die nach den täglichen Beobachtungen und Kontakten der Lokalpolitiker und Polizeibeamten immer wieder ihre Ängste vortragen und Klagen und Beschwerden erheben.

Sei es, dass sie sich beispielsweise über die Situation in den S- und U-Bahnen beklagen oder ihre Beschwerden über besonders auffällige öffentliche Plätze vorbringen, auf denen allzu häufig selbsterkorene junge Machos und Cliques vor keiner Einschüchterung und dann und wann auch Gewalttat gegen Aufbegehrende zurückschrecken.

Als Chef einer Polizeibehörde liegt es mir völlig fern, Panik zu er-

zeugen und die unstreitig vorhandenen Unsicherheitsgefühle der Bürgerinnen und Bürger noch zu fördern. Aber es gehört auch zu meiner öffentlichen Aufgabe, „den Finger in die Wunde zu legen“ und vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen der Polizei geeignete und erforderliche Gegenmaßnahmen einzufordern.

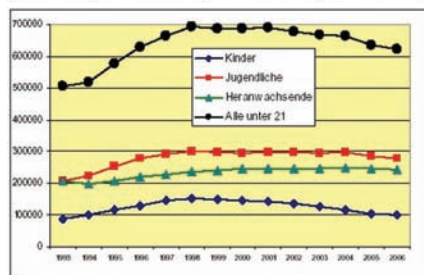
Gerade unsere Polizeibeamten sind es nämlich, die tagtäglich und wiederholt die Probleme ganzheitlich und hautnah erfahren, ohne sie allerdings lösen zu können.

II. Die Kriminalität junger Menschen im Blickwinkel der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)

Die Entwicklung der Anzahl der jungen Tatverdächtigen – Deutschland, Hessen, PP SOH seit 1993!

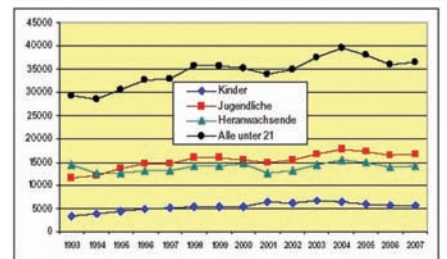
Wer die Frage beantworten will, ob die Kriminalität junger Menschen zugenommen hat, richtet sei-

| Jahr | Kinder | Jugendl. | Heranw. |
|------|--------|----------|---------|
| 1993 | 88276 | 207944 | 208040 |
| 1994 | 100077 | 223551 | 196437 |
| 1995 | 116619 | 254329 | 207136 |
| 1996 | 131010 | 277479 | 219928 |
| 1997 | 144260 | 292518 | 226279 |
| 1998 | 152774 | 302413 | 237073 |
| 1999 | 150626 | 296781 | 240109 |
| 2000 | 145834 | 294467 | 247586 |
| 2001 | 143045 | 298983 | 246713 |
| 2002 | 134545 | 297881 | 245761 |
| 2003 | 126358 | 293907 | 247456 |
| 2004 | 115770 | 297087 | 250534 |
| 2005 | 103124 | 284450 | 247450 |
| 2006 | 100487 | 278447 | 241824 |



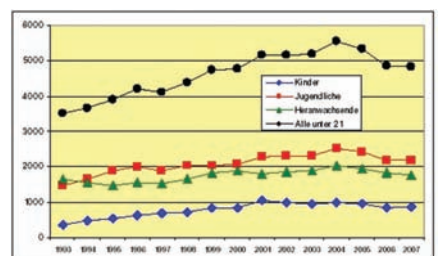
Bund (Abb. 1)

| Jahr | Kinder | Jugendl. | Heranw. |
|------|--------|----------|---------|
| 1993 | 3366 | 11601 | 14330 |
| 1994 | 3745 | 12028 | 12704 |
| 1995 | 4386 | 13537 | 12725 |
| 1996 | 4777 | 14580 | 13206 |
| 1997 | 5089 | 14761 | 13057 |
| 1998 | 5506 | 15932 | 14186 |
| 1999 | 5493 | 15980 | 14246 |
| 2000 | 5456 | 15311 | 14553 |
| 2001 | 6469 | 14848 | 12647 |
| 2002 | 6096 | 15523 | 13235 |
| 2003 | 6628 | 16625 | 14334 |
| 2004 | 6371 | 17856 | 15321 |
| 2005 | 6001 | 17188 | 14805 |
| 2006 | 5674 | 16386 | 13952 |



Land Hessen (Abb. 2)

| Jahr | Kinder | Jugendl. | Heranw. |
|------|--------|----------|---------|
| 1993 | 364 | 1484 | 1663 |
| 1994 | 466 | 1638 | 1553 |
| 1995 | 541 | 1879 | 1481 |
| 1996 | 638 | 1997 | 1551 |
| 1997 | 692 | 1876 | 1542 |
| 1998 | 714 | 2036 | 1640 |
| 1999 | 850 | 2054 | 1835 |
| 2000 | 829 | 2068 | 1880 |
| 2001 | 1064 | 2282 | 1806 |
| 2002 | 977 | 2319 | 1869 |
| 2003 | 966 | 2318 | 1898 |
| 2004 | 993 | 2517 | 2053 |
| 2005 | 946 | 2429 | 1951 |
| 2006 | 854 | 2187 | 1829 |



PP Südosthessen (Abb. 3)

nen Blick zuerst auf die Entwicklung der Anzahl der Tatverdächtigen (TV). Allererster Maßstab dafür ist die PKS und weniger das Ergebnis wissenschaftlicher Täter- und Opferbefragungen, die zumeist nur ei-

nem auserwähltem Fachpublikum zugänglich sind. Aus den Abb. 1-3 wird deutlich, dass die Anzahl der unter 21-jährigen TV zugenommen hat; die Kurvenverläufe von Bund, Hessen und PP SOH sind ähnlich, jedoch nicht kongruent.

Wenn man von den Spitzen in den Jahresverläufen absieht, so sind zwischen 1993 und 2006 prinzipiell steigende Zahlen für tatverdächtige Jugendliche und Heranwachsende zu verzeichnen (Abb. 4)²:

| | Jugendl. | Heranw. |
|-------------|----------|---------|
| Deutschland | +33,90 | +16,24 |
| Hessen | +43,71 | -1,78 |
| PP SOH | +47,30 | +9,98 |

Die Relation der Anzahl der unter 21-jährigen jungen deutschen zu den nicht-deutschen Tatverdächtigen

Entgegen aller möglichen Vorurteile zeigt die Zeitreihe von 1993 bis 2006 (für Hessen und das PP SOH bis 2007) für die nichtdeutschen jungen TV (ganz im Gegensatz zu den deutschen) einen wesentlich flacheren Verlauf, aber vor allem einen Rückgang der Zahlen auf (Abb. 5-7). So ist die Anzahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen gesunken:

| | | |
|-------------|----------------|-----------------------|
| Deutschland | -34,90 Prozent | von 166603 auf 108382 |
| Hessen | -30,51 Prozent | von 13627 auf 9470 |
| PP SOH | -13,91 Prozent | von 1811 auf 1559 |

Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Sie sind möglicherweise u.a. in der veränderten Bevölkerungsentwicklung der jungen Nichtdeutschen oder den seit 1.1.2000 geschaffenen günstigeren Einbürgerungsmöglichkeiten³ begründet.

Wir sollten uns jedoch nicht weiter dieser Thematik widmen, da eine weitere Vertiefung zumeist nur „niedere“ Motive bedient. Dennoch

bleibt, dass wir uns mit dieser Gruppe befassen müssen, sei es, um vor allem deren besondere Auffälligkeit auf dem Sektor der Gewaltdelikte zu reduzieren oder ihre individualpsychologischen und sozialen Voraussetzungen zu verbessern⁴.

Was ihre strafrechtliche Verfolgung angeht, so sind sie wie jeder deutsche junge Mensch zu behandeln und wenn im Einzelfall eine Ausweisung und Abschiebung zulässig und geboten ist, darf es auch keine Schonung geben.

| Jahr | Alle<21 | D<21 | Ausl.<21 |
|------|---------|--------|----------|
| 1993 | 504260 | 337657 | 166603 |
| 1994 | 520065 | 374033 | 146032 |
| 1995 | 578084 | 430958 | 147126 |
| 1996 | 628417 | 476065 | 152352 |
| 1997 | 663057 | 506683 | 156374 |
| 1998 | 692260 | 534966 | 157294 |
| 1999 | 687516 | 535073 | 152443 |
| 2000 | 687887 | 542805 | 145082 |
| 2001 | 688741 | 552249 | 136492 |
| 2002 | 678187 | 548671 | 129516 |
| 2003 | 667721 | 543205 | 124516 |
| 2004 | 663391 | 540176 | 123215 |
| 2005 | 635024 | 517671 | 117353 |
| 2006 | 620758 | 512377 | 108381 |

Bund (Abb. 5)

Die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl von 1996 - 2006

Die Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ - Tatverdächtige pro 100.000 der Einwohner und Einwohnergruppe) zeigt aufgrund der demografischen Entwicklung nur eine bedingt ähnliche Entwicklung⁵. Vergleicht man allerdings die Anteile der jeweiligen Tatverdächtigengruppe mit ihrem Anteil an der Bevölkerung, hier anhand des Zahlenmaterials von 2006, so zeigt sich, dass die Jugendlichen und Heranwachsenden überproportional häufig als Tatverdächtige in Erscheinung treten, während die Kinder erwartungsgemäß wegen des geringeren zeitli-

| Jahr | Alle<21 | D<21 | Ausl.<21 |
|------|---------|-------|----------|
| 1993 | 29297 | 15670 | 13627 |
| 1994 | 28477 | 16686 | 11791 |
| 1995 | 30648 | 18568 | 12080 |
| 1996 | 32563 | 20180 | 12383 |
| 1997 | 32907 | 20670 | 12237 |
| 1998 | 35624 | 22908 | 12716 |
| 1999 | 35719 | 23293 | 12426 |
| 2000 | 35320 | 23703 | 11617 |
| 2001 | 33964 | 23437 | 10527 |
| 2002 | 34854 | 24049 | 10805 |
| 2003 | 37587 | 26548 | 11039 |
| 2004 | 39548 | 28231 | 11317 |
| 2005 | 37994 | 27383 | 10611 |
| 2006 | 36012 | 26394 | 9618 |
| 2007 | 36414 | 26944 | 9470 |

Land Hessen (Abb. 6)

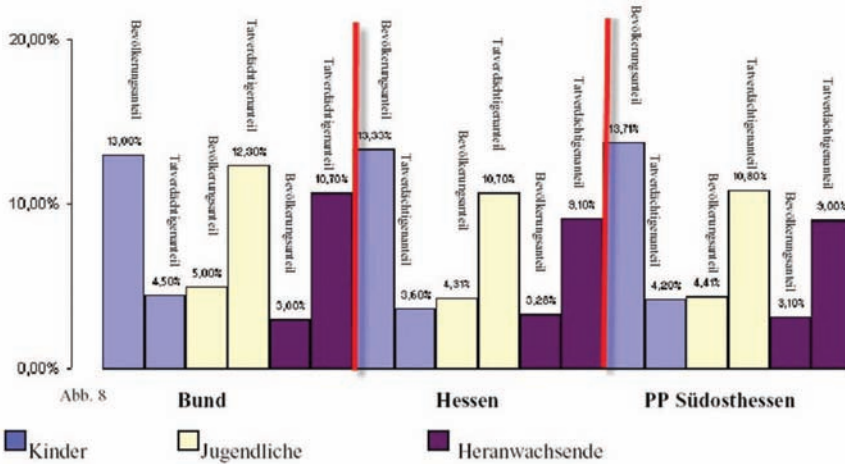
| Jahr | Alle<21 | D<21 | Ausl.<21 |
|------|---------|------|----------|
| 1993 | 3511 | 1700 | 1811 |
| 1994 | 3657 | 1951 | 1706 |
| 1995 | 3901 | 2224 | 1677 |
| 1996 | 4186 | 2409 | 1777 |
| 1997 | 4110 | 2349 | 1761 |
| 1998 | 4390 | 2545 | 1845 |
| 1999 | 4739 | 2926 | 1813 |
| 2000 | 4777 | 2975 | 1802 |
| 2001 | 5152 | 3286 | 1866 |
| 2002 | 5165 | 3251 | 1914 |
| 2003 | 5182 | 3407 | 1775 |
| 2004 | 5563 | 3613 | 1950 |
| 2005 | 5326 | 3518 | 1808 |
| 2006 | 4870 | 3267 | 1603 |
| 2007 | 4828 | 3269 | 1559 |

PP Südosthessen (Abb. 7)

chen Spektrums, in dem sie als mögliche Delinquenten infrage kommen können, unterrepräsentiert sind (Abb. 8).

Bewertung und Fazit zur Betrachtung der jungen Tatverdächtigen

Eine seriöse Aussage über die Entwicklung der Jugendkriminalität ist anhand des Parameters „Anzahl der Tatverdächtigen“ nur bedingt möglich; zu beachten gilt u.a.:



Nehmen wir den Fall Himido. Im zarten Alter von 13 Jahren holt ihn der Vater aus seinem Heimatland nach Deutschland. Himido spricht und versteht kein Wort Deutsch. Er findet keinen Kontakt zu den Mitschülern und Lehrern. Keiner hört ihm zu, keiner geht auf ihn ein. Zuhause erlebt er meistens Ärger. Der Vater „re(a)giert“ nur mit Schlägen. Himido schwänzt die Schule, gerät in Rückstand und kompensiert seinen Frust im Treffen mit Gleichgesinnten.

Sein Vater zieht in eine andere Stadt um und wirft Himido aus dem Haus. Nach einer kurzen Rückkehr in seinem Heimatland wird Himido von seinem Großvater wieder nach Deutschland zurückgeschickt. Dort soll er erneut die Schule besuchen. Das Drama setzt sich fort. Sein Aufenthaltsort wird die Straße. Mit 15 Jahren begeht er seinen ersten Diebstahl, um aus dem Erlös des Gestohlenen zu Geld zu kommen. Nach nur kurzer Zeit stehen für ihn 40 Strafanzeigen zu Buche. Dem Ermittlungsrichter bleibt zuletzt nichts anderes übrig, als nunmehr ein klares Zeichen zu setzen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft schickt er Himido mit 16 Jahren in Untersuchungshaft.

Den Polizistinnen und Polizisten der zuständigen Polizeistation war Himido hinreichend bekannt. Sie versuchten immer wieder in Gesprächen, Himido auf den richtigen Weg zu bringen, erstatteten Strafanzeigen und richteten Meldungen an das Jugendamt, allerdings ohne irgendeine Reaktion darauf zu erfahren.

Auf Nachfrage erklärte die Jugendbehörde, auch sie könne nichts weiter unternehmen. Himido sei für keine jugendhilfe- und jugendpädagogischen Maßnahmen zugänglich; sie seien auf Freiwilligkeit angewiesen. Polizeiliche Anfragen, was denn konkret über ihn bekannt und was denn gemacht worden sei, wurden zum Teil pikiert mit der Bemerkung zurückgewiesen, das ginge die Polizei nichts an. Außerdem ließen es die Bestimmungen des Sozialdatenschutzes,

- I Jeder Tatverdächtige wird nur einmal gezählt, unabhängig davon, wie viele Straftaten er innerhalb eines Jahres begangen hat.
- I Aus den unaufgeklärten Taten „erwächst“ kein Tatverdächtiger (sog. Dunkelfeldproblematik). Je höher die deliktsbezogene Aufklärungsquote ist, umso gesicherter ist auch die Aussage über die Täterklientel. Dies mag am Beispiel des Ladendiebstahls, der üblicherweise annähernd zu 100 Prozent aufgeklärt wird, und des Autoaufbruchs deutlich werden, dessen Aufklärungsquote zu meist deutlich unter 20 Prozent liegt.
- I Der Anstieg der Gesamtaufklärungsquote impliziert prinzipiell, dass auch mehr Tatverdächtige festgestellt sein müssen. Immerhin ist die Aufklärungsquote im Zeitraum 1993- 2006 in Deutschland um 11,60 Prozent, in Hessen um 12,70 Prozent und im Bereich des PP SOH um 14,40 Prozent gestiegen⁶.

So mag der geneigte Leser – je nach Gusto und politischer Intention – dieses Zahlenmaterial bewerten wie er möchte.

Er wird – selbst unter Zugrundelegung der aufgezeigten Beurteilungsgrenzen – nicht umhin kommen anzuerkennen, dass die TV-Zahlen eine wie immer geartete **Zunahme der Kriminalität junger Menschen** indizieren, ohne dass deren Ausmaß abschließend definiert werden kann. Was die Deliktis auffälligkeit der jeweiligen Tat-

verdächtigengruppe betrifft, so steht weitestgehend fest, dass schwerwiegende Gewaltdelikte (Tötungen und Raubdelikte) im Hellfeld zurückgingen, während einfache und qualifizierte Körperverletzungen zunahm⁷.

Über die Entwicklung der Gewaltkriminalität sind sich die Experten jedoch nicht einig, wenn auch zu konstatieren sei, dass 43 Prozent der schweren und gefährlichen Körperverletzungen von unter 21jährigen, die nur 8,1 Prozent der Bevölkerung ausmachten, begangen würden⁸.

Eine bedenkliche Situation vermag ich daraus noch nicht abzuleiten. Denn nach gesicherten Erkenntnissen nationaler wie internationaler Forschung ist delinquentes Verhalten bei jungen Menschen weit überwiegend episodenhaft und ebbt nach dem 20. Lebensjahr wieder ab⁹.

Doch es gibt nicht den geringsten Grund dafür, sich entspannt zurückzulehnen und tatenlos zuzusehen. Denn aus polizeilicher Sicht muss der **Fokus** auf die *eigentliche Problemgruppe* gelegt werden: die sog. **Mehrfach- und Intensivtäter (MIT)**.

III. Das Problem der sog. Mehrfach- und Intensivtäter

Die typische Karriere eines jungen Mehrfach- und Intensivtäters und die Reaktion der Behörden

insbesondere § 65 SGB VIII¹⁰, nicht zu, die Polizei zu informieren. Der Hinweis, dass es doch die Polizei gewesen sei, die die Daten zugeliefert habe, blieb ebenfalls ohne Erfolg.

Auch die Staatsanwaltschaft brauchte geraume Zeit, um den Fall Himido überhaupt als Problem zu erkennen und alle Vorgänge zu bündeln. Himido spürte auf diese Weise nicht den geringsten Druck und keinerlei zeitnahe Reaktion. Die meisten seiner Taten endeten mit Einstellungen und Verwarnungen – alles unter den Vorgaben der §§ 45 ff JGG, die den Schutz des Täters und seine Erziehung im Vordergrund sehen¹¹.

Und so kam es, wie es kommen musste: Erst nach einer Vielzahl von Straftaten und nach Einschaltung der „Ermittlungsgruppe Mehrfach- und Intensivtäter“ des Polizeipräsidiums Südosthessen kam Himido hinter Schloss und Riegel.

Himido war es nicht in die Wiege gelegt, kriminell zu werden. Die sozialen Umstände brachten ihn dazu. Die Peergroups bzw. Cliques, mit denen er sich immer wieder traf und deren Einfluss sich in aller Regel negativ auswirkt¹², stießen ihn letztlich hinab in die kriminelle Karriere. Seine Taten waren nichts anderes als ein Ausdruck der Hilflosigkeit und einen Schrei nach: „Hilf mir doch!“ Ein schlechtes Elternhaus, keine sprachlichen Möglichkeiten, ausreichend zu kommunizieren, kein ausreichender Schulbesuch und damit fehlende Bildung stempelten ihn zu dem ab, was ihn jetzt kennzeichnet.

Eine frühe behördenübergreifende und vernetzte Zusammenführung aller personenbezogenen Informationen und eine dementsprechende gemeinsame Behandlung des Falles unter der Frage, ob und wie ihm noch individuell und sozial geholfen werden kann oder ob nur noch die strafjustizielle Sanktion übrig bleibt, hätten sicher weiter geholfen¹³.

Doch niemand fand sich, obwohl von der Polizei mehrfach angesto-

ßen, bereit. Gesetzliche oder interministerielle Vorgaben hätten ein solches Vorgehen, wie es unter anderem im Haus des Jugendrechts in Stuttgart, aber auch bereits jetzt in informellen Kreisen im Bereich des PP Südosthessen unter Vorsitz einer Staatsanwaltschaft praktiziert wird, sicherlich weitergeholfen.

Dieser Fall, wenn auch leicht verfremdet und literarisch pointiert, entspricht der vielfachen Realität¹⁴. Himido neigte bei alledem nicht zur Gewalt. Weitaus dramatischer sind die Fälle, in denen die Betroffenen völlig uneinsichtig geworden sind und bestehende Konfliktlagen nur noch mit brutaler Gewalt lösen.

Statistische Erkenntnisse zu Mehrfach- und Wiederholungstätern im PP SOH

Unter den Kautelen von Himido sind für den Bereich des PP Südosthessen derzeit 199 unter 21-jährigen sogenannte Mehrfach- und Intensivtäter registriert, die für mindestens 20 und mehr Taten seit ihrer ersten Auffälligkeit, also in einem Zeitraum zwischen einem und rund 7 Jahren, infrage kommen. Für sie stehen rund 7.870 angezeigte Straftaten (durchschnittlich 39,55 Taten/ Tatverdächtige) zu Buche: Straftaten quer durch das Strafgesetzbuch, vorwiegend Einbrüche/Autoaufbrüche, aber auch ein Großteil von sog. Rohheitsdelikten, wie aus folgender Grafik (Abb. 9) hervorgeht.

Dabei halte ich es – wie bereits angeführt – für völlig entbehrlich, das Verhältnis von deutschen und nichtdeutschen TV besonders zu beleuchten und die Frage zu klären, ob die einen oder die anderen – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil über- oder unterrepräsentiert

sind; denn die sozialen und individualpsychologischen Bedingungen von deutschen und nichtdeutschen jungen Migranten oder jungen Deutschen mit Migrationshintergrund sind doch zu unterschiedlich. Letztlich kommt es nur darauf an, dass alle diese Täter, ungeachtet ihrer nationalen und ethnischen Herkunft und Zugehörigkeit, dann die ganze Härte des Gesetzes spüren müssen, wenn sie augenscheinlich nicht mehr gewillt sind, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

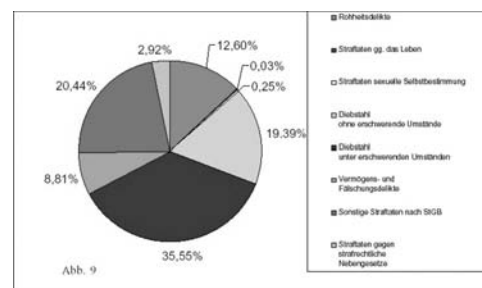
Der Schutz der Bevölkerung als ein Strafzweck¹⁵ hat jedenfalls in den Fällen der Mehrfach- und Intensivtäter Vorrang vor dem Gebot der Resozialisierung. Insofern kann es gegenüber nichtdeutschen jungen Tätern, selbstverständlich unter Beachtung ihrer besonderen Gegebenheiten im Einzelfall und der geltenden aufenthaltsrechtlichen Regelungen, auch geboten sein, sie auszuweisen und abzuschieben.

IV. Was kann, was muss getan werden?

Eine wirksame und vernetzte Kriminalprävention als Generalauftrag

Eine gezielte und im Sinne von Sherman und Düsseldorfer Gutachten effektive Kriminalprävention ist das Gebot der Zukunft¹⁶. Nur so wird es möglich sein, – ungeachtet der unstrittig im Einzelfall erforderlich werdenden Strafsanktionen – Straftaten dauerhaft zu reduzieren und kriminelle Karrieren zu vermeiden.

Der Fokus sollte darauf liegen, die soziale Entwicklung junger Menschen im Elternhaus, in der Schule und in der Freizeit zu fördern und alle dislozierten/diversifizierten Zuständigkeiten so zu vernetzen, dass sie im Sinne der Gesamtzielsetzung schnell und abgestimmt effektiv handeln. Dazu wird es insbesondere notwendig, die bundesweit mehr als 2000 Gremien/ Akteure in den Kommunen und geschätzten über 10000 Präventionsaktivitäten¹⁷ klarer als bisher **strate-**



gisch auszurichten und einer umfassenden permanenten **Wirkungsevaluation zu unterziehen**¹⁸.

In Hessen sollte(n) der Programmsatz zur Kriminalprävention (§ 1 Abs. 6 HSOG) durch **interministerielle Ziel-, Struktur- und inhaltliche Vorgaben zur vernetzten Kooperation**¹⁹ handhabbar ausgefüllt und die Akteure und Projekte im Hinblick auf ihre Ergebnisse und Wirkungen in mindestens zweijährlichen Abständen evaluiert werden. Die gegenwärtige Situation halte ich für nur schwer erträglich.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich auch, die Frage zu reflektieren, ob es nicht sinnvoller ist, die Zuständigkeit für die Kriminalprävention vom Hessischen Ministerium der Justiz zum Hessischen Ministerium des Innern und für Sport zu verlagern. Denn das Innenministerium verfügt aufgrund seiner Aufgabenstellung nicht nur über die größere Sachnähe zum Thema Kriminalprävention, sondern mit den Polizeibehörden auch über die hierarchische und ortsnahe Struktur, die es ermöglicht, Kriminalprävention mit den lokalen Behörden und Stellen zu vernetzen.

Die Intensivierung aller Aktivitäten zur Vermeidung des Entstehens bzw. wirksamen Verfolgung von minderjährigen Mehrfach- und Intensivtätern

Vorrangig wird es zukünftig darauf ankommen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um möglichst viele Karrieren von jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern zu vermeiden oder wenn sie denn entstanden sind, alles daran zu setzen, die erkannten kriminellen Entwicklungen schnellstens abzurechnen. Dies bedeutet im Einzelnen:

Einrichtung eines behördenübergreifenden Beobachtungsregisters

Bei den zuständigen Jugendbehörden der Kommunen und Landkreise sollten für auffällig gewordene junge Menschen EDV gestützte

Beobachtungsregister eingerichtet werden. Sie sollen dazu dienen, die bei den unterschiedlichen Behörden und Stellen (Jugendbehörden, Staatsanwaltschaft, Polizei, Schulbehörden etc.) anfallenden Erkenntnisse über auffällig gewordene junge Menschen an einer Stelle so zusammenzuführen, so dass deren etwaige Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und dagegen geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Durchführung von Fallkonferenzen

Die Jugendbehörden sollten fern durch ministerielle Vorgaben verpflichtet werden, in festgelegten Besprechungsrhythmen gemeinsam mit Vertretern der vorgenannten Behörden und Stellen personenbezogene Fallkonferenzen durchzuführen.

Diese unter der Fragestellung, ob und in wie weit den aufgefallenen Kindern und Jugendlichen entweder geholfen werden kann und muss, wieder den gesellschafts- und rechtskonformen Weg zurückzufinden (soziale Integration), oder ob es infrage kommt, gegen sie – selbstverständlich unter Beachtung der eigenständigen Rolle von Staatsanwaltschaft und Jugendgerichten – den strafjustiziellen Weg (strafrechtliche Sanktion) einzuschlagen.

Erfolgreiches Muster dafür ist u.a. das „Haus des Jugendrechts in Stuttgart“²⁰, ohne dass – wie dort – zwangsläufig die Einrichtung einer entspr. Stelle mit Gebäude und Personal geboten ist. Es reicht vielmehr aus und ist weitaus ökonomischer, die infrage kommenden Akteure – unter Festlegung einer federführenden Stelle - in festgelegten jour fixes zusammen zu führen.

Durchführung von Präventionsgesprächen

Solche Gespräche könnten möglicherweise das Ergebnis einer Fallkonferenz sein. Unter Federführung des jeweiligen Jugendamtes sollten Vertreter der genannten Behörden individuelle Präventionsgespräche mit den jungen Menschen in Anwe-

senheit der Erziehungsberechtigten in den Fällen führen, in denen vorrangig Maßnahmen der sozialen Integration in Betracht kommen. An deren Ende sollten den Betroffenen konkrete Auflagen auferlegt werden (z.B. das Erbringen von Bildungsnachweise und der Nachweis bestimmter Arbeitsergebnisse), deren Erfüllung von einem einzusetzenden Betreuer (sog. „Kümmerer“) überwacht werden müssten. Für den Fall, dass der Proband diese „Auflagen“ nicht erfüllen sollte, müsste es gesetzlich ermöglicht werden, entsprechende Vorgaben durch das Familiengericht festsetzen zu lassen.

Ausführungsregelungen und gesetzliche Modifizierungen des Sozialgesetzbuches

Schon der zweite Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung stellt fest, dass der bisherige Umgang mit massiv delinquenten Kindern im Bereich der Jugendhilfe und die diesbezüglichen Kooperationsstrukturen zwischen Jugendhilfe, Schule und Polizei dringend verbesserungsbürftig sind²¹. Um die vielfältigen Barrieren zu reduzieren, die eine wirksames Zusammenwirken der zuständigen Behörden verhindern oder erschweren, wird es deshalb erforderlich, insbesondere die Regelungen über den Sozialdatenschutz im Sozialgesetzbuch zu modifizieren und durch administrative Vorgaben zu flankieren. Dies sind aus polizeilicher Sicht:

= Herausgabe von Ausführungsbestimmungen zu § 8 a SGB VIII, um den Jugendbehörden klare Hinweise und Vorgaben dafür zu geben, wann und unter welchen Gesichtspunkten sie konkrete Maßnahmen zu ergreifen haben, um eine erkannte Gefährdung für das Kindeswohl abzuwehren.

= Erlass von Ausführungsbestimmungen zu § 81 SGB III, um den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe einen klaren Auftrag für die Durchführung der Fallkonferenzen zu geben, wann und unter welchen Umständen das Zusammenwirken u.a. mit der Schulver-

waltung, den Trägern der Sozialleistungen, der Staatsanwaltschaft und der Polizei notwendig und durchzuführen ist.

- = Schaffung von Ausführungsbestimmungen, wann und unter welchen Umständen mit den gefährdeten jungen Menschen – nach Durchführung einer vorherigen Fallkonferenz – gemeinsam mit Vertretern der in §81 SGB VIII genannten Akteure sog. Präventionsgespräche – unter Beteiligung der Erziehungsbechtigten – zu führen sind.
- = Modifizierung der in den SGB VIII und SGB X enthaltenen restriktiven Bestimmungen bezüglich der Übermittlung von Daten über die aufgefallenen jungen Menschen (Sozialdatenschutz) unter der Maßgabe, dass ausgewählte Mitarbeiter der in § 81 SGB VIII genannten Akteure ausdrücklich befugt werden, ihre Erkenntnisse über die gefährdeten jungen Menschen gegenseitig auszutauschen.

Anpassung der polizeilichen und staatsanwaltlichen Organisation auf das Problem der minderjährigen Mehrfach- und Intensivtäter (MIT) und deren strikte strafjustizielle Verfolgung

Für den Bereich der Polizei wird es notwendig, Struktur- und Handlungsvorgaben herauszugeben, die es zwingend gebieten, die Erkenntnisse über „besonders auffällige Mehrfachstraftäter“ (BAMS), soweit sie bei den Revieren, Stationen und den verschiedenen Kriminalkommissariaten disloziert auffallen, an einer Stelle zusammenzuführen. Die Ermittlungsgruppen MIT müssen insoweit ergänzt und die Informationen dort gebündelt werden.

Im Bereich der Staatsanwaltschaft erscheint es geboten, entspr. Sonderdezernate einzurichten und dort vor allem dringend darauf hinzuwirken, dass die unterschiedlichen Ermittlungsvorgänge zusam-

mengeführt bearbeitet werden und – wenn notwendig – in entspr. Anklagen münden. Mit u.a. Oberstaatsanwalt Roman Reusch bin ich der Auffassung, dass die Strafjustiz schneller und konsequenter als bisher handeln und Grenzen setzen muss, um die uneinsichtigen Mehrfach- und Intensivtätern schnellstens von der Straße zu holen und ein paar Monate Untersuchungshaft erleben zu lassen²².

In diesem Zusammenhang erscheint es erwägenswert, die Praxis der Staatsanwaltschaften und Jugendgerichte darauf hin zu überprüfen, ob und in wie weit von den Instrumenten der Einstellungen und Verwarnungen gegenüber straffällig gewordenen Jugendlichen möglicherweise überzogener Gebrauch gemacht worden ist. Die jüngsten Medienberichterstattungen, so auch das ZDF-Magazin „Mona Lisa“, haben dieses Thema bereits kritisch aufgegriffen²³.

V. Schlussbemerkung

Die Kriminalität junger Menschen ist, ungeachtet des Streits über Umfang und Ausmaß, ein Problem. Alle staatlichen und nichtstaatlichen Stellen sind dazu aufgerufen, ihre präventiven Bemühungen zu vernetzen und zu intensivieren, um zuvorderst kriminelle Karrieren zu vermeiden oder diese, wenn sie denn schon entstanden sind, schnellstens und nachhaltig zu unterbrechen. Gerade in den jungen Jahren, in denen der Mensch noch durch Vorbilder und klare Grenzsetzungen geprägt werden kann, sollte jede Chance genutzt werden – zum individuellen Wohl und zur Entwicklung unserer Jugend, aber auch und gerade zum Schutze der Allgemeinheit vor Straftaten. Vor allem die Bundesländer und Kommunen sind dazu aufgerufen, handlungsfähige Strukturen zu schaffen und Instrumente in Gang zu setzen, die geeignet sind, diese Zielsetzung erfolgreich auf den Weg zu bringen.

Polizeipräsident Heinrich Bernhardt,
Polizeipräsidentium Südosthessen



Gut, dass es sie gibt.

Gewerkschaft der Polizei

Fußnoten:

¹ Seit 1993 deshalb, weil erst ab diesem Zeitpunkt die PKS auch die neuen Bundesländer erfasste.

² Zur Entwicklung der Zahlen der tatverdächtigen Kinder werden keine Ausführungen gemacht, weil dies nicht seriös erscheint. Denn 1) Kinder werden allenfalls ab dem 10. Lebensjahr „deliktsauffällig“ und 2) die lokalen absoluten Zahlen sind relativ gering, so dass die in Prozent gemessenen Änderungen kein reales Bild vermitteln; dennoch muss auch hier eine Zunahme konstatiert werden.

³ Mit Wirkung vom 1.1.2000 wurden die Voraussetzungen für die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit deutlich gelockert. So erlangen ab diesem Zeitpunkt alle in Deutschland geborenen Kinder nichtdeutscher Eltern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, und solche, die vor dem 1.1.2000 in Deutschland geboren worden waren, konnten bis zum 31.12.2000 auf Antrag die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen. Siehe u.a. in:

⁴ Hierzu vertiefend in: Ziff. 4.2 ff., 2. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung

⁵ Aus Gründen der Übersichtlichkeit dieses Aufsatzes wird diese Statistik nicht aufgeführt. Siehe dazu 2. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung a.a.O., S. 375, Schaubild 4.1. - 7

⁶ Deutschland gesamt in: www.bmi.bund.de Hessen und PP SOH: www.polizei.hessen.de

⁷ 2. periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung a.a.O. – Kurzfassung, S. 58; siehe hierzu auch der Anstieg der Gewaltkriminalität im Gegensatz zur Gesamtkriminalität in: Ziff. 1.2 und 1.3 - Bund-Länder-AG – Bericht zur Herbstsitzung der IMK „Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf städtischen Ballungsräumen“ www.berlin.de

⁸ Denso in: Gefühlte Bedrohung, Die Zeit 3/2008 S. 6 –

⁹ 2. periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung a.a.O. – Kurzfassung, S. 57

¹⁰ Hier geht es übrigens um „anvertraute“ Daten; diese fragt die Polizei aber nicht ab.

¹¹ Offenbach Post vom 31.03.2008 – Junge Gewalttäter kommen oft ungestraft davon. Siehe auch Fn. 14.

¹² Siehe dazu u.a. in: 2. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung a.a.O., S. 359 ff.

¹³ „Nicht härtere Strafen braucht es, sondern frühes Eingreifen, damit Jugendliche gar nicht erst abgleiten“ in: Die Zeit -

¹⁴ Ohne dass es sich gleich um einen 16-jährigen mit 458 Straftaten/Jahr handeln muss, siehe in: Die Zeit, www.zeit.de

¹⁵ Das geltende Strafrecht und die Rechtsprechung der deutschen Gerichte folgen weitgehend der sogenannten Vereinigungstheorie, die ... versucht, sämtliche

Strafzwecke in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander zu bringen. Dabei werden nicht nur der Schuldgrundsatz betont, sondern auch die anderen Strafzwecke anerkannt: der Schutz der elementaren Werte des Gemeinschaftslebens, der Schuldausgleich, Prävention, Resozialisierung des Täters, Sühne und Vergeltung für begangenes Unrecht, Ostendorf, Bundeszentrale für politische Bildung in: Vom Sinn und Zweck des Strafens - ; siehe auch Dreher/Tröndle, RdNr 2ff, S. 335ff zu § 46 StGB in: Kommentar zum StGB, 51. Auflage, Verlag C.H. Beck

¹⁶ U.a. Meyer und Marks in: Qualität in der Kriminalprävention - , ferner: Heinz in: Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht -

¹⁷ Z.B. im hiesigen Dienstbereich von „cool sein, cool bleiben“, „Prävention im Team“ (PIT) oder der Offenbacher „Methodenkoffer zur Gewaltprävention“

¹⁸ Nochmals Meyer und Marks a.a.O.

¹⁹ Piepenkötter und Kubink mit der deutlichen Forderung zur verstärkten Vernetzung der Akteure in: „Gelbe Karte“ für junge Straftäter ..., ZRP 2/2007, 61 (63 unter Kapitel III.)

²⁰ Siehe u.a.: www.polizei-stuttgart.de

²¹ 2. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung a.a.O., S. 404 und Schaubild 4.1-6 (hinter S. 370)

²² Wefing mit Bezug auf Reusch in: Haft schadet nicht nur! – www.faz.net; ferner: Reusch in: Intensivtäterbekämpfung in Berlin ..., der kriminalist, 5/2006, 205

²³ Siehe in: mit Hinweis auf einen entspr. Bund-Länderbericht, der in der Innenministerkonferenz April 2008 behandelt worden sein soll. Ferner: Auch in meiner Behörde liegen dokumentierte Fälle vor, die den Schluss zulassen, dass die Strafjustiz vielfach mehr als zurückhaltend auf die Straftaten junger Mehrfachtäter reagiert.

Abschied ist der Beginn der Erinnerung

Die Militärpolizei in Hanau von 1945 bis 2008 - eine Ära geht zu Ende

Die letzten Soldaten der USA, genauer die Militärpolizei (MP, internationale Abkürzung für die englische Übersetzung Military Police) verlassen Hanau nun am Dienstag, den 30. September 2008. Seit Kriegsende im Jahr 1945 gehörten ihre Präsenz, ihre Streifenwagen und ihre Uniformen zum Stadtbild in Hanau.

Die MP hat eine lange, traditionsreiche Geschichte. Ihre Gründung datieren Historiker auf den 10. Januar 1776, als der spätere erste US-Präsident General George Washington, William Marony aus Massachusetts, mit polizeiähnlichen Aufgaben in der Armee betraute. Er baute in wenigen Monaten ein Team aus ca. 50 Mann auf, dieses bewährte sich hervorragend und die verantwortlichen Armeeführer erweiterten das bewährte Konzept.

Die Militärpolizei im heutigen Verständnis wurde 1942 gegründet und übt als organisierte Truppe innerhalb aller vier Teilbereiche der US-Streitkräfte (Armee -Army-, Marine -Navy-, Luftwaffe -Airforce- und Marineinfanterie -Marine-) die Funktion der Polizei aus, wobei sie auch der Führung der jeweiligen Streitkräften untersteht. Sie sorgen



Personenschutz der Hanauer Polizei und MP für Bundespräsident Lübke.

für die Einhaltung von Recht und Ordnung, für Präventionsmaßnahmen, sie ermitteln von Verkehrsverstößen bis hin zu Straftaten, setzen Befehle und Verordnungen durch und unterhalten die Militärgefängnisse. Weiterhin gehören zu ihren Aufgaben die Verhaftung von Fahnenflüchtigen, die Überwachung von militärischen Liegenschaften, die Verkehrsüberwachung innerhalb der Kasernen und Kampfgebiete, das militärpolizeiliche Hun-

dewesen und die Überwachung von Kriegsgefangenen. Rudimentär gehört zu ihrem Aufgabenbereich noch der Schutz der Streitkräfte, die Terrorismus-Abwehr und die Kontrolle des zivilen Wachpersonals.

Gemeinsam mit der Hanauer Polizei berieten und schützten sie die Militärangehörigen, die US-Bürger und die Einwohner von Hanau in den letzten 63 Jahren. Sie sicherten nach Kriegsende strategische Positionen und begleiteten den Wieder-

Die MP in Hanau



Die Hanauer US Militärpolizei.

die gemischten Streifen eine Art Renaissance, denn nur mit diesem bewährten Konzept gelang es erfolgreiche Präventivmaßnahmen zu gestalten. Im Gegensatz zu den USA gab es in Hanau kein Spezialeinsatzkommando (SEK) der MP, welches in den USA SWAT (Special Weapons and Tactics) genannt wird. Im Fall einer Geisellage oder anderer schwerster Verbrechen wären wohl Spezialkräfte des regulären Militärs oder gar die legendäre Delta Force aus Fort Bragg/North Carolina zum Einsatz gekommen.

Da nun alle US-Soldaten aus Hanau abgezogen sind, gibt es keine Aufgaben mehr für sie. Alle präventiven und repressiven Maßnahmen sind beendet, alle laufenden Ermittlungen eingestellt oder abgegeben. Damit endet wohl das allerletzte Kapitel der US-Streitkräfte in Hanau.

Das Autorenteam hat mit dem langjährigen und letzten Leiter der MP in Hanau, James Blackmann, in den letzten Tagen vor dem Abzug noch ein Interview geführt und eini-

aufbau im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

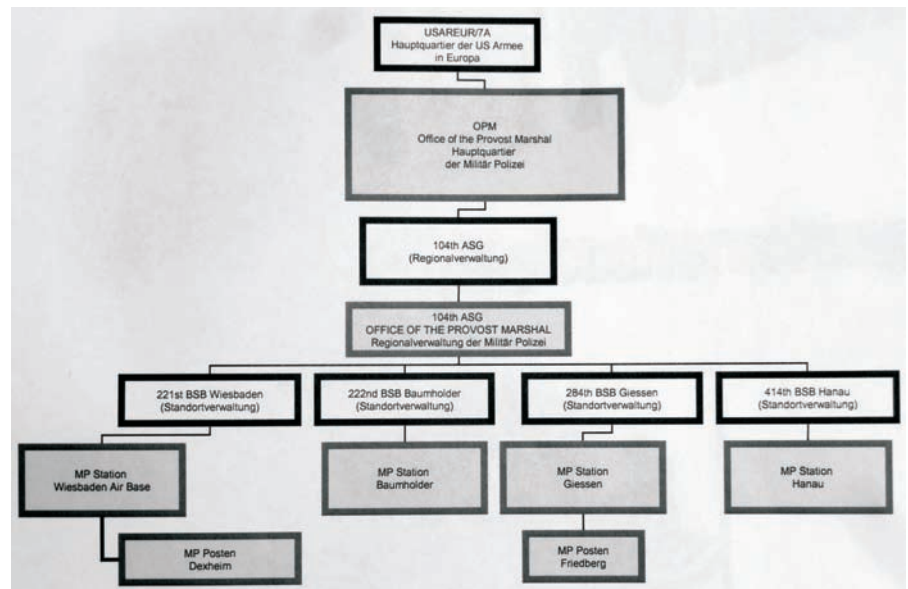
Ebenso unterstützten sie den Neuaufbau der Hanauer Polizei. Legendär war dabei die Rekrutierung des 16jährigen Schulbuben Friedel Born, den sie aufgrund seiner körperlichen Eigenschaften mit den Worten: „Du Polizei“ einstellten. Er musste sich darauf jeden Morgen bei der Militärwache melden und mit einer achteckigen Polizeimütze (Modell New York), einer eingefärbten Feldjacke, einem Holzschlagstock und einer Armbinde mit dem Aufdruck Polizei seinen Dienst verrichten.

In den ersten Jahren leitete die US-Army, speziell die MP, noch alle polizeilichen Geschicke vom Olaf-Palme-Haus (welches bis vor wenigen Jahren noch Amerikahaus hieß), später kam die erste Polizeiwache nach dem Kriege in der Biengasse in Kesselstadt hinzu.

Der legendäre Hanauer Polizeidirektor Lutz Hobein und seine Assistenten, z. B. PHM Karl-Ferdinand Fritz nutzten die Kontakte über die MP und der Army, um am Wiederaufbau Hanaus mitzuwirken. Einige Baumaßnahmen, z. B. die Arbeiten an der Wilhelmsbrücke, wurden als „Übung“ deklariert.

Die gemischten Streifen der Militärpolizei und der Hanauer Polizei,

die in den 1950er Jahren noch an der Tagesordnung waren, wurden in den 1960er Jahren eingestellt, es gab bald eine strikte Trennung der Zuständigkeit. Die Hanauer Polizei, die heute dem PP Südosthessen organisatorisch angliedert ist, küm-



Die Organisation der US-Militärpolizei.

erte sich um die Belange der deutschen Einwohner, die MP um die der US-Amerikaner. Bei Schnittstelleneinsätzen, z.B. beim Bürger- und Lamboy Fest gab es die Tradition der gemischten Streifen bis weit in die 1990er Jahre.

In der Zeit des ersten Irakkrieges Desert Storm (1990/1991) erlebten

ge interessante Details beleuchtet. Seit 1997 hatte Mister Blackmann diese Stelle inne und die Bezeichnung „Director for Emergency Service“ (Direktor der Militärpolizei und Feuerwehr). Er ist 65 Jahre alt, 48 davon im Staatsdienst (26 Jahre Airforce und 22 in der Army) und betreibt fast täglich Sport, was seine enorme körperliche Fitness erklärt,

die ihm auch bei seinen Aufgaben zu Gute kommt. Seine „gute Seele“ war über viele Jahre die Bürovorsteherin Elke Byrne, die ihm auch dolmetschte.

Herr Blackmann, können Sie uns einige Hintergrundinformationen zu den Militärpolizisten mitteilen, die in den letzten Jahren in Hanau Dienst verrichteten?

Ja, gerne. Es handelte sich dabei um junge Soldaten (und wenige Soldatinnen). Sie versahen einen drei Schichtrythmus, von je jeweils 8 Stunden, aufgeteilt in den Früh-, Spät- und Nachtdienst. Dafür hatten wir für einen Umlauf 17 Personen zur Verfügung, die 40 Stunden in der Woche abzuleisten haben, plus das nötige Training, die Weiterbildung. Das ist die Zahl der letzten Jahre, in den 1980er Jahren waren das wesentlich mehr, nun haben wir ja leider die Hanauer Standorte langsam abgebaut und auch Unterstützung durch Sicherheitsdienste (Pond Security) gehabt.

Woher hatten die Soldaten ihre Ausbildung?

Es handelte sich dabei ausschließlich um erfahrene Soldaten, die zunächst ihre normale sechsmontatige Armee Grundausbildung durchlaufen haben und dann Erfahrung in der Truppe sammelten. Danach nahmen sie an einem dreimonatigen Militärpolizei Spezialkurs in Fort Leathenworth teil und wurden dann in den Standorten langsam an ihre Aufgaben herangeführt. Unsere älteren Mitarbeiter, die bis zu 20 Jahre Dienst verrichteten, gaben die Erfahrung an die jüngeren Kollegen weiter.

Führungskräfte, die ca. 15 Prozent Offiziere, haben eine wesentlich längere Ausbildung, die je nach Bildungsweg um die vier Jahre dauert.

Da nur ausgewählte Soldaten eine dienstliche Verwendung bei der MP finden, besteht zudem zweimal im Jahr eine Leistungsstandfeststellung, eine PT (Überprüfung der körperlichen Fitness) einmal im Jahr. Dieser Sporttest, der sich in etwa mit dem deutschen, goldenen Sportab-

zeichen vergleichen lässt, kann bei Nichtbestehen nur einmal wiederholt werden.

Führungskräfte machen zudem ein- bis zweimal im Jahre eine besondere Fortbildung sowie Internet Kurse, bei dem die Lerninhalte abschließend mit einer Prüfung protokolliert werden.

Wie hoch ist die Vergütung?

Das ist vom jeweiligen Rang abhängig. Der durchschnittliche Militärpolizist, ein E 6, erhält ca. 2.800 Dollar, plus einige Zuschläge. Ein Unteroffizier erhält durchschnittlich 4.200 Dollar, ein Offizier mit mittlerem Rang O-4 und einer Diensterefahrung von 10 Jahren bekommt 5.800 Dollar. Dazu ist die Unterkunft, die grundlegende medizinische Versorgung und das Essen frei.

Wie sind die rechtlichen Grundlagen für die Eingriffsbefugnis der MP's?

Grundsätzlich dürfen sie nur bei Angehörigen der US-Streitkräfte tätig werden, bei „Streitigkeiten“ im zivilen Bereich nur im Notfall. Da gibt es schon manchmal Grenzfälle. Vor einiger Zeit gab es so einen Fall in einer Kaserne, nicht in Hanau, bei dem ein Mann eine Frau niedergestochen hat. Familienangehörige aus den USA waren auch involviert, es war eine brenzlige Situation... Da es aber in einer Kaserne war, hatten wir volle Handlungsfreiheit. Auf deutschem Boden, z.B. beim Streifenfahren, greifen wir nur im erwähnten, absoluten Notfall ein, z. B. bei einem Major Crime (Kapitalverbrechen), halten die Beteiligten fest und übergeben sie der deutschen Polizei.

Wie ist generell der Kontakt zu deutschen Behörden?

Der ist sehr gut. Besonders zu der Hanauer Polizei besteht seit Gedenken eine sehr enge Verbindung. Spektakulär waren dabei z.B. mehrere Mordfälle in den 1980er Jahren, bei denen wir mit den deutschen Beamten sogar in den USA zusammen ermittelten. Sehr gefährlich war auch die kleine Gruppe von Terroristen, die vor wenigen Jahren geplant hatten, einen Hanauer Armystandort zu sprengen.

Das haben wir aber im Vorfeld ermittelt und in Zusammenarbeit mit dem fähigen Hanauer Polizeichef Heinrich Bernhard verhindern können. Es gelang sogar die beweisgesicherte Festnahme der Attentäter, bevor sie größeren Schaden anrichten konnten.

Gerade aber bei den alltäglichen Belangen, bei den Einsätzen auf der Arbeitsebene der ausführenden Personen, aber auch die kameradschaftliche Feiern (u. a. beim deutsch-amerikanischen Freundschaftsfest oder im Schloss Philipruhe) werden in bleibender Erinnerung verewigt.

Wann endet genau die Dienstzeit der MP in Hanau?

In der letzten Septemberwoche beenden wir die Schließung der Dienststelle in Hanau Lamboy, der letzte Dienstag ist der 30. September 2008.

Wie fassen die Militärpolizisten die Beendigung der Dienstzeit auf?

Prinzipiell sind alle traurig, da sie mit Hanau nur die besten Erinnerungen verbinden. Manche sehen es aber auch als Herausforderung an, sie gehen wieder nach Hause in die USA und verrichten dort regulären Dienst oder gehen in Rente. Einige wenige haben um Versetzung innerhalb Deutschlands (u. a. Baumholder) gebeten.

Wer übernimmt dann die Aufgaben der MP in Hanau?

Da es keine offiziellen Standorte in Hanau mehr gibt, gibt es ab Herbst 2008 auch kaum noch US-Bürger in Hanau. Für die wenigen Verbliebenen oder im Ereignisfall steht die MP aus Wiesbaden zur Verfügung.

Herr Blackman, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Ich danke Ihnen und möchte mich noch abschließend im Namen der MP bei den Hanauern Bürgerinnen und Bürger verabschieden.

Text und Fotos:
Dr. Frank und Sigrid Metzner

Zehn Jahre im neuen Gebäude



Vorfürungen aus dem Polizeialtag erfreuen sich immer wieder großer Beliebtheit bei den Besuchern.

Mitte September hatte die Polizeidirektion Hersfeld-Rotenburg zum 10jährigen Gebäudejubiläum in die Kleine Industriestraße in Bad Hersfeld eingeladen. Um 10.00 Uhr eröffnete Polizeipräsident Sauer und der Leiter der Polizeidirektion Kriminaldirektor Michael Janßen die Veranstaltung. Neben dem Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt waren auch die hiesigen Landtagsabgeordneten und die Bürgermeister oder 1. Beigeordneten anwesend.

Im Mittelpunkt standen für den Leiter der Polizeidirektion Michael Janßen natürlich die aus dem gesamten Landkreis angereisten Bürgerinnen und Bürger.



Kinderschminken ist immer einer der Höhepunkte bei den jüngeren Besuchern und sorgt für Kurzweil.

Zum Tag der offenen Tür waren Eberhard Gienger und Fußballweltmeisterin Nia Künzer als Ehrengäste eingeladen. Leider konnte Gienger die Kreisstadt auf Grund schlechter Wetterbedingungen in Süddeutschland nicht besuchen. Er hatte wollte

mit der Fußballweltmeisterin Nia Künzer einen Tandemsprung aus einem Flugzeug zu versuchen, konnte aber wegen heftiger Gewitter nicht starten.

Aber Nia Künzer war da! Sie stellte sich den Fragen der Bevölkerung gerne, gab Autogramme und ließ sich mit ihren Fans fotografieren.

Die Bevölkerung nutze die Chance um hinter die Kulissen zu schauen, denn sie konnten nicht nur die Gewahrsamszellen besuchen, sondern auch bei den einstündigen Führungen dabei sein, um einen Einblick in das Berufsleben der Polizei zu bekommen. Diese Führungen waren sehr gut besucht und die Schlangen vor dem Haupteingang entsprechend lang. Ca. 4000 Gäste waren der Einladung gefolgt um sich an dem reichhaltigen Programm zu erfreuen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Hersfeld-Rotenburg hatten mit großem Engagement diesen Tag der offenen Tür mit zahlreichen Ständen und Attraktionen vorbereitet.

Zu den Höhepunkten gehörte auf jeden Fall die Vorführung der Abwehrtechniken durch sechs Polizisten und die fernsehreife Vorführung einer Verfolgungsfahrt mit "Täterfestnahme" unter Einsatz eines Diensthundes vorgeführt.

Pünktlich um 13.00 Uhr landete der Polizeihubschrauber aus Egelsbach im Hof der Polizeidirektion.

Die Bürger bestaunten die Sonderfahrzeuge, wie einen Wasserwerfer oder einen gepanzerten Sonderwagen. Kinder saßen auf einem Polizeimotorrad oder im Dienstwagen und ließen ein Erinnerungsfoto machen. Kleine Kinder wurden von zwei Kolleginnen geschminkt. Am Nachmittag sorgte die Big Band des Landespolizeiorchesters für Stimmung. Eine weitere Station war der Fahrradparcours für die Kinder, bei dem es Preise zu gewinnen gab. Zum Schluss der Veranstaltung fand noch eine Verlosung statt zugunsten des Fördervereins Medi-Kids am Klinikum in Bad Hersfeld.

Im Cafe Blaulicht gab es für die Besucher selbstgebackenen Kuchen und Kaffee und mehrere hundert Würstchen und Steaks wurden gegrillt.

"Eine gelungene Veranstaltung die in diesem Umfang nur möglich war durch das große Engagement der Helferinnen und Helfer, der Bediensteten der Polizeidirektion. Dafür darf ich mich besonders bei Ihnen bedanken!", so Michael Janßen zum Abschluss eines erfolgreichen Tages.

Manfred Knoch
Bad Hersfeld

„Mister Bau“ sagt leise Adieu

Am 01. November durfte Hartmut Ruppenthal seinen 60. Geburtstag feiern. Mit dem Erreichen dieses Lebensalter tritt normalerweise der Schutzmann in den wohlverdienten Ruhestand. So auch Hartmut – eigentlich.

Da die Erweiterungsbaumaßnahme im Polizeipräsidium noch nicht bis dahin abgeschlossen werden konnte, macht Hartmut als Pensionär „nebenamtlich“ einige Wochen weiter. Dazu erhielt er einen neuen Vertrag und darf den Fortgang der Baumaßnahme mit seinem Sachverstand begleiten. Darüber sind alle im Präsidium froh, weil ein so umfangreiches Gewerk erhebliche Arbeit und vor allem Präsenz erfordert.

Dies im Nebenamt auszuführen, bleibt leider nicht ohne negative Folgen. Zu viele Mängel werden nicht oder zu spät erkannt, und die Polizei als späterer Nutzer der dann zurück gemieteten Gebäude (die Privatisierung im öD treibt schon seltsame Blüten) ärgert sich über Jahrzehnte. So erinnerte sich der Polizeipräsident an die guten Dienste von Hartmut als Baubeauftragter im ersten Bauabschnitt und beauftragte ihn in 2008 erneut mit dieser Aufgabe.

Diesem Ruf folgte Hartmut nur zu gerne, der bis dahin in der Führungsgruppe der PD Vogelsberg wertvolle Dienste leitete. Die zahlreichen Fehler im Bauvorhaben wurden von ihm mit der gewohnten Hartnäckigkeit angegangen, was ihm nicht nur Freude bescherte. Aber der Erfolg gab und gibt ihm recht. Zumindest ein Teil der Mängel konnte beseitigt werden, jedoch bei weitem nicht alle, da der Bau schon zu weit vorangeschritten war.

In der Laudatio würdigte der Polizeipräsident die zahlreichen beruflichen Aufgaben von Hartmut. Nach dem Bundesgrenzschutz wechselte Hartmut zur hess. Polizei und war im Streifendienst in Fulda eingesetzt. Es folgten Stationen in Südhessen bei



Kreisgruppenvorsitzender Thomas Scheunert (links) überreicht Hartmut Ruppenthal ein Präsent zur Ruhestandsversetzung.

der Bereitschaftspolizei. Von dort kehrte er zur PAST Petersberg zurück und übernahm die Funktion des Dienstgruppenleiters. In den Zeiten des HPVKA wechselte Hartmut nochmals für einige Monate zur PAST Neu-Isenburg bevor er wieder zur PAST Petersberg zurückkehrte.

Als die Neubaumaßnahme des Polizeipräsidioms anstand wurde er wegen seinen bestehenden Kenntnisse befragt, ob er als Baubeauftragter mitarbeiten will. Hartmut ließ sich nicht lange bitten und brachte sich mit vollem Einsatz in diese Aufgabe ein. Dann bewarb er sich erfolgreich auf den Führungsposten in der Führungsgruppe der PD Vogelsberg. Schwerpunkte seiner Arbeit dort war unter anderem die Jugendkriminalität, welche er mit großem Engagement anging.

Die anwesenden Dienstvorgesetzten, angefangen von PP Sauer, Günther Voß bis Andreas Böhm lobten Hartmuts Pflichtbewusstsein und seine Loyalität. Dabei ist besonders zu erwähnen, dass Hartmut auch ein Mann des klaren Wortes ist und

aus seinem Herzen nie eine Mördergrube machte.

Thomas Scheunert überbrachte die besten Wünsche vom Personalrat und der GdP. Er dankte Hartmut insbesondere für seine gelebte vertrauensvolle Zusammenarbeit und seine Kollegialität, die ihm im Beschäftigtenkreis viel Anerkennung brachte. Die Beteiligung des Personalrats war für ihn in seinen Zeiten der Baubeauftragung eine Selbstverständlichkeit.

Im Beisein seiner Ehefrau und Tochter erhielt Hartmut die Abschiedsurkunde aus den Händen des Polizeipräsidenten. Von der GdP überreichte Thomas Scheunert ein Weinpräsent.

Thomas Scheunert
KG Fulda

Interview mit dem HPR-Vorsitzenden Henning Möller

Frage: Was war für dich das herausragende Ereignis in dieser Zeit und was die größte Enttäuschung?

Henning Möller: Das herausragende Ereignis war für mich sicherlich an jenem Tag, als ich im Hessischen Landtag den Entwurf des 1. Überleitungsgesetzes zum Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn lesen konnte. Hatte die hessische Polizei damals einen Anteil von ca. 12 Prozent der Kolleginnen und Kollegen im gehobenen Dienst, so wuchs die Zahl bis heute auf 100 Prozent. Der Hessische Landtag hat damals mit den Stimmen aller Parteien beschlossen, den Polizeiberuf aufzuwerten und somit den Kolleginnen und Kollegen die über Jahrzehnte geforderte Anerkennung ihrer Arbeit zuteil werden lassen.

Als auf einer zentralen Veranstaltung die ersten 700 Kolleginnen und Kollegen ihre Urkunden erhielten, hat dies schon ein heftiges Kribbeln erzeugt. Waren doch damit über 20 Jahre alte Bestrebungen von Erfolg gekrönt. Heute das Normalste der Welt!?

Für jemanden wie mich, ist der stetige Abbau der Beteiligungsrechte im Personalvertretungsgesetz die größte Enttäuschung. Vielleicht bin ich in dieser Sache ein Exot. Lebendige Demokratie, die ja so viele Berufspolitiker immer hoch halten, findet nun mal dann statt, wenn Dienstherr und Personalvertretung konstruktiv streiten und der Dienststellenleiter dann entscheidet. Unser Gesetz so abzuspecken, um Personalräte zu ignorieren, um kritische Stimmen „zu bekämpfen“, ist ein temporärer Erfolg der politisch Verantwortlichen. Wenn Kritik nicht mehr offen angesprochen werden kann, birgt es die Gefahr der inneren Kündigung. Dies schmerzt!

Meine Philosophie ist und bleibt: Was auf den Tisch muss, kommt auf den Tisch – unangenehm oder kritisch.



HPR-Vorsitzender Henning Möller am Telefon für den Polizei Report.

Frage: Der Ausbau des Frankfurter Flughafens rückt immer näher. Damit einhergehend wird es zu zahlreichen Großeinsätzen für die hessische Polizei kommen. Die Frage, ob planbare Einsätze über die gesetzlichen 12 Stunden hinaus möglich sind, gewinnt dabei zentrale Bedeutung – oder?

Henning Möller: Wenn unsere Kolleginnen und Kollegen diese Ausgabe lesen, haben wir am 24. und 25. November im Hauptpersonalrat eine umfangreiche Diskussion geführt. Für mich müssen die folgenden Schwerpunkte erfüllt sein:

- | Geplante Einsätze sind nur noch im Rahmen der Schutzvorschriften. Also kein 12 Stunden-Einsatz und dann noch zusätzlich 3 Stunden Hin- und Rückfahrt. Selbstverständlich nur bei Einsätzen, bei denen die Lage nicht eskaliert
- | Adäquate Unterbringungsmöglichkeiten für die Einsatzkräfte, natürlich mit den dazugehörigen Fragen zur Verpflegung. Hier bin ich nach den Erfahrungen der WM zumindest guter Hoffnung
- | Lageangepasster Kräfteinsatz, sparsames Umgehen mit Kräften.

In einem Punkt dürfte kein Zweifel bestehen: Dies wird ein Einsatz für die gesamte hessische Polizei! Die Belastung muss sorgfältig verteilt werden, es ist nicht ein Einsatz für das Polizeipräsidium Frankfurt, Südost-, West-, Südhessen oder die Bereitschaftspolizei. Ebenso nicht nur für den Tages-, Schichtdienst, S oder K. Ich wünsche mir, dass wir in dieser Zeit hoffentlich wieder so zusammenwachsen und nicht des mittlerweile so oft genutzten Schlagwortes **TEAM** folgen (**Toll Ein Anderer Macht's!**)!

Abschließend sei angemerkt, dass ich es „erfrischend“ finde, dass jetzt bereits schon wieder Viele wissen, wie es kommt. Wir sollten die Entwicklung abwarten, aber gleichzeitig gerüstet sein und im Rahmen eines Stufenkonzeptes reagieren. Das dies angesichts von knapp 1000 Mitarbeiter weniger und auch mit derzeit über 900 eingeschränkt dienstfähigen Kolleginnen und Kollegen, die sich die Einschränkung nicht selbst ausgesucht haben!

Frage: Wie wird der Fuhrpark der hessischen Polizei in Zukunft aussehen?

Henning Möller: Also wir werden sicherlich in das Zeitalter der „Spacecars“ kommen. Unsere Bemühungen Ende 2007/Anfang 2008 bestanden darin, Dienstfahrzeuge zu optimieren. Mit Schlagworten dargestellt heißt das:

- | Streifenfahrzeuge nur noch als Kombi-Fahrzeuge.
- | Navigation und Sitzheizung wird Regelausstattung.
- | Bewegliche Ausrüstungsbühne im Kofferraum.

Fortsetzung...

- 1 E-Blitz-Anlagen werden Standard.
- 1 Zusätzliche Warnbeklebung der Fahrzeuge.
 - Wiedereinführung der Kategorie „Autobahnfahrzeuge“.
- 1 Bereitstellen von Nachführfahrzeugen für Langzeit Einsätze im Straßenverkehr und Schwerpunkt bei den PAST'en.
- 1 Verkehrsdienstfahrzeuge mit BAG-Ausbau.
- 1 Zivilstreifenwagen mit Bluetooth.

Weiterhin haben wir in einer „großen Anfrage“ darum gebeten, uns mitzuteilen, wie sich die bestehende Gesamtzahl der Dienst-Kfz sich verteilt. Die Mitteilung des Rechnungshofes, dass offensichtlich eine größere Anzahl von Dienst-Kfz unwirtschaftlich betrieben wird, sollte uns gemeinsam veranlassen, genau hinzuschauen und nicht zu warten, bis wir einen Bericht erhalten.

Frage: Im Oktober 2008 wurde das Leitbild für die hessische Polizei zehn Jahre alt. Ist das Leitbild noch das Papier wert, auf dem es einst gedruckt wurde?

Henning Möller: Das Leitbild hat seinerzeit zumindest dazu geführt, dass in der Polizei wirklich einmal ohne Pflichterfüllung über unsere gesamte Institution

nachgedacht wurde. Das sich dabei die gesamte Führung erst mal mit wenigen Ausnahmen zurückgehalten hat, war an sich auch zu erwarten. Immerhin ist bei all denen, die in den unzähligen Workshops teilgenommen haben, schon Nachdenklichkeit eingetreten.

Ein Leitbild erkennt man nicht an neuer Beflaggung oder an einem neuen Grundsatzterlass, man merkt, dass sich in vielen Köpfen „etwas tut“. Und das war erfrischend! Wer hatte sich vorher mal ausführlich mit Dienstklima, Miteinander, Teamarbeit usw. intensiv auseinandergesetzt?

Wenn durch einen Politikwechsel dann allerdings ein solches Vorhaben schlichtweg abgebrochen wird, das war dies absolut schade. Leitbilder, wenn sie mit Leben gefüllt werden, erfordern einen Prozess über viele Jahre um vor allen Dingen in den Köpfen etwas bewirken zu können. Dies muss aber vollkommen „politikneutral“ ablaufen!

Frage: Das Schlusswort gehört Dir, was möchtest Du gerne noch los werden?

Henning Möller: Also, ich sag es in zwei Sätzen, jeder könnte Bände füllen:

- q Wenn die hessische Polizei nicht ganz schnell dazu kommt zu entscheiden, was wichtiger ist, die Arbeit am Bürger oder die im-

mer größer werdende Regel- und Verwaltungslawine, die mit NVS, SAP, Projektgruppen usw. begonnen hat, dann wird der Spruch von vielen Schutzleuten vermehrt greifen: „Eigentlich stört uns der Bürger bei unserer Selbstbeschäftigung immer öfters!“. Dies mag ein schändlicher Satz sein, aber es entspricht dem Gefühl von vielen Beschäftigten.

Wenn wir weiter Basisdienststellen bei S und K und die Tarifbeschäftigten, die dort mitarbeiten, abzubauen (aus welchen Gründen auch immer), werden wir immer mehr Beschäftigte nicht mehr erreichen, die zwar „brav“ ihren Dienst ableisten, aber schlichtweg demotiviert sind. Anfang 2009 werden wir diese Gesamthematik aufgreifen und hoffentlich nicht wieder die Argumente hören, die die „Hardliner“ seit nunmehr fast 20 Jahren vor sich herschieben. Wir sollten endlich damit aufhören so zu tun, als hätten wir tausend Beschäftigte mehr hätten. Wir haben, da wir keine Schwarzarbeiter beschäftigen, 1000 Beschäftigte weniger als vor zehn Jahren!

Person mit männlicher und weiblicher DNA

In „Spiegel-online“ war am 19.10.2008 nachzulesen, dass eine in Amerika aufgefundene Leiche sowohl männliche als auch weibliche DNA aufzeigte. Aufgrund der zahlreichen Nachfragen aus Polizeikreisen teilt des Kriminalwissenschaftliche und -technische Institut des HLKA folgendes mit:

Es ist bekannt, dass bei Knochenmarktransplantationen, die mit „fremden“ Knochenmarkzellen durchgeführt werden, durchaus die von „Spiegel-online“ berichtete Konstellation auftreten kann, dass

bei einer Person zeitgleich männliche und weibliche DNA nachgewiesen wird. In einem solchen Transplantationsfall würde ein Empfänger im Blut und im Knochenmark die Spender-DNA aufweisen, während andere Zelltypen, die einen anderen Entstehungsweg im Körper haben (Speichel, Hautzellen, Haare, Vaginalsekret, Sperma), weiterhin die „eigene“, ursprüngliche DNA zeigen.

Da eine Transplantation fremder Knochenmarkzellen eher selten vorkommt, ist das Phänomen selten. Es

ist jedoch bekannt und wird in Fachkreisen sehr wohl diskutiert.

Für die praktische polizeiliche Tattortarbeit, bei der Spurensuche und -sicherung oder der DNA-Vergleichsprobennahme beim Menschen, ergeben sich hierdurch keine Änderungen. Sollten im Rahmen der Ermittlungen oder bei Vergleichsprobennahme Informationen zu einer Knochenmarktransplantation bekannt werden, sollte das im Untersuchungsantrag dokumentiert werden.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
 schon wieder steht Weihnachten vor der Tür. Die Adventszeit
 ist meistens überlagert von geschäftigem Treiben,
 vom Hasten und Eilen nach den letzten Geschenken.
 Alles muss noch gerichtet werden, kurz und gut, der
 Weihnachtsrummel holt uns ein.
 Haben wir noch Zeit beziehungsweise wird es uns in
 diesem Jahr einmal gelingen, unsere Aufmerksamkeit
 auch in unser Innerstes zu lenken? Welche Sehnsüchte haben
 wir denn, was verbinden wir mit der Adventszeit, mit
 Weihnachten? Es werden sich fast alle an ihre Kindheit
 erinnern und wie sie Weihnachten als Kind erlebt haben.
 Wir wünsche allen, dass Ihr Euch in dieser Zeit einmal
 herauslösen könnt von dem Stress des Alltags und dass
 Ihr mit Euren Familien, Freunden und Verwandten
 ein friedvolles, gesegnetes Weihnachtsfest 2008 feiern
 könnt und für das Neue Jahr alles Gute.
 Besonders herzlich grüßen wir unsere älteren und
 kranken Mitglieder und diejenigen, die an den
 Feiertagen Dienst versehen.

GdP-Veranstaltung "Wahlprüfsterne 2009"

Mittwoch, den 07. Januar 2009

"Holiday Inn", Frankfurt am Main

Wir fragen...



... sie antworten!



Die GdP Osthessen fährt mit einem Bus zur
 Veranstaltung. Näheres bei der Kreisgruppe oder
 Bezirksgruppe.

Räumliche Zusammenlegung des RVD Fulda und der PAST Petersberg



Offizieller Startschuss einer neuen Zusammenarbeit.

Am 14.11.2008 konnte in einer kleinen Feierstunde der Umzug des Regionalen Verkehrsdienstes Fulda (RVD) in die Räumlichkeiten der PAST Petersberg gefeiert werden.

Durch den kommissarischen Leiter der PAST Petersberg POK Thomas Wagner und dem Leiter des RVD Fulda PHK Dieter Rosenberger, konnten der Leiter der DirV/S POR Wiegand und der Leiter Einsatz LPD Günther Voß begrüßt werden.

In den Begrüßungsworten wurde die räumliche Zusammenlegung allseits begrüßt und positiv gewertet. Man hoffe auf eine gute und

konstruktive Zusammenarbeit der beiden Dienststellen.

Aus den wöchentlichen gemeinsamen Verkehrskontrollen, welche schon seit einigen Monaten durchgeführt werden, konnten sich die Kolleginnen und Kollegen näher kennenlernen.

Der eine oder andere Kollege des RVD Fulda hatte bereits schon Dienst bei der PAST Petersberg versehen. Die räumliche Zusammenlegung erleichtert jetzt auch die Organisation der Kontrollen, da man sich nun „Unter einem Dach“ befindet.

Der Auszug der Fahndungsgruppe und des Umweltschutzes ermöglichte den Einzug des RVD Fulda, der Jugendverkehrsschule (Stadt und Landkreis Fulda) und des Verkehrs-sachbearbeiters. Nach logistischer Planung und Umbauarbeiten (Einziehen neuer Wände usw.) im Gebäude der PAST Petersberg konnte der Umzug zügig vollzogen werden.

Also dann, auf Gute Zusammenarbeit und herzlich Willkommen.

Karsten Bech
Petersberg

Bikerfreunde Osthessen „Tour 2008-die Zehnte“

Anfang Juni trafen sich wieder 31 Mitglieder der Bikerfreunde Osthessen auf dem Gelände der PAST Petersberg.

Wie schon in den letzten Jahren, schlug der „Startpannenteufel“ auch dieses Jahr wieder zu. Einer unserer Biker fing sich schon beim morgendlichen Tanken einen ordentlichen Plattfuß ein. Der Nagel war aber schnell gefunden, entfernt und der Reifen geflickt, so dass der diesjährige Tourguide Michael mit einem lauten „SO !!!“ zum Aufbruch in Richtung Thüringen starten konnten. Die Route führte uns durch die hessische Rhön in Richtung Tann

und auf schönen Nebenstrecken durch die reizvolle Landschaft des Thüringer Waldes in Richtung Rennsteig. In Oberhof. Hier wurde ganz in der Nähe des Biathlon-Stadions am Grenzadler die erste Kaffee- und Raucherpause eingelegt.

Nach einer kurzen Pause ging es dann über die Schmücke in Richtung Frauenwald, wo eine ausgiebige Mittagspause im „Waldhotel Rennsteighöhe“ geplant war. Neben dem Hotel befindet sich auch das „Bunkermuseum“. Hier wird ein Stück der düsteren Geschichte der ehemaligen Stasi in der DDR beleuchtet. Frisch gestärkt und gut ge-

launt machten wir uns wieder auf den Weg und fuhren auf den Höhen des Thüringer Waldes auf traumhaften kleinen Sträßchen über Katzhütte, Neuhaus in Richtung Saalfeld. Hier bogen wir zur Hohenwarte-Talsperre ab, welche uns ja noch von einer der ersten Touren bekannt ist. Wir befuhren die „Uferstraße“ und umrundeten den Stausee zum größten Teil, als es in einer Spitzkehre, in der etwas Schotter auf der Straße lag, zu einem kleineren Alleinunfall kam und eine unserer Bikerfreundinnen Bekanntschaft mit dem Asphalt machte. Dadurch legten wir einen kurzen Boxenstopp ein, in der sich unsere



Gruppenfoto vor der Abfahrt bei der Polizeiautobahnstation Petersberg.

weiblichen „Sannis“ um die junge Dame und die Jungs um das Motorrad kümmerten. Zum Glück war nicht allzu viel passiert, so dass wir dann wieder aufbrechen konnten.

Am Nachmittag stoppten wir zur zweiten Tankpause in der Nähe von Lobenstein. Hier schlug einmal mehr der Defektteufel zu und unser Trike musste mit einem neuen Gaszug versorgt werden. All dies wirkt aber einen echten Bikerfreund nicht aus der Bahn und so erreichten wir nach einem kurzen Ritt über die Autobahn dann die Grenze in Vojtanov. Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen ist eine zügige Durchfahrt dort kein Problem mehr und wir kamen dann ohne weitere Zwischenfälle in Skalna ins „Hotel Wildstein“.

Nach einem Gruppenbild im Hof ging es ins „Gasthaus im Häuschen“. Dort ging bei leckerem Essen und umfangreichen „Benzingesprächen“ ein schöner und ereignisreicher Tag zu Ende.

Am Samstag während des guten Frühstücks, gab es von unserem Wirt Franz ein paar gute Tip's für unseren Tourguide. Michael bastelte daraufhin mit Karte und Navi eine ordentliche „Samstagsrunde“ zusammen, bei der er allerdings wohl nicht an unsere Chopperfahrer gedacht hatte.

Es ging nach dem Frühstück grob in Richtung Erzgebirge und Vogtland. Leider spielte am Vormittag

das Wetter nicht so ganz mit. Nach einer kurzen Pause ging es weiter, entlang der Grenze zur CZ und über wunderschöne Strecken über Klingenthal grob in Richtung Schneeberg. Von Schneeberg ging es dann retour in Richtung Plauen und auf dem Rückweg nach Oelsnitz, bzw. Adorf schlug Micha's Navi dann eine Route vor, bei der sich nur die Fahrer der großvolumigen Reiseenduros so richtig freuen konnten. Es

Thüringer Wald in Richtung Heimat führen sollte.

An der Strecke in Lauscha machten wir dann eine kurze Mittagspause um frisch gestärkt weiter über Großbreitenbach und die Schmücke nach Oberhof zu fahren. Von dort ging es, nach einem Tankstopp in Schwarza weiter in Richtung hessische Rhön, so dass wir auf schönen Nebenstrecken das



Wohlverdiente Pause.

ging quer über Feld-, Wald- und Wiesenwege, was natürlich die Enduristen zu wahren Freudengesängen animierte und den Chopperfahrern ein leichtes Grummeln entlockte. Aber als Fazit konnte man sagen, dass am Ende doch alle glücklich und zufrieden waren. Es ging dann in Vojtanov über die Grenze und wir kamen pünktlich zum Abendessen in Skalna an.

Der Sonntag begann wieder mit einem guten Frühstück. Danach räumten wir unsere Zimmer, verabschiedeten uns von Franz und machten uns auf den Heimweg, welcher uns wieder quer durch den

„Drei-Länder-Eck“ erreichten. Bei Bratwürstchen und Getränken konnten alle Teilnehmer der Tour zum zehnjährigen Bestehen der Bikerfreunde-Osthessen noch einmal über die Ereignisse der letzten drei Tage plaudern.

Karsten Bech

Langjähriges Engagement

Im Oktober begingen wieder viele Kollegen ihr 25- bzw. 40-jähriges Dienstjubiläum.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde empfingen sie am 06. Oktober 2008 von Polizeipräsident Heinrich Bernhardt persönlich ihre Jubiläumsurkunde.

Der Personalratsvorsitzende Rudi Ott übermittelte die Glückwünsche des Gremiums und dankt allen für ihr langjähriges Engagement. Die GdP schließt sich den Glückwünschen an.

Folgende GdP-Mitglieder feierten ihr 40 jähriges Dienstjubiläum geehrt:

Manfred BACHE, PSt. Langensfeld,

Georg BAJGAR, EG Offenbach,
Walter GRAN, Z 31,

Norbert KNAPP, PSt. Seligenstadt und

Henning MÖLLER, HPR/2. Revier (erhielt die Urkunde am 1.10.08 von Innenminister Bouffier).

Für ihr 25jähriges Dienstjubiläum wurden geehrt:



Erinnerungsfoto.

Andreas BAMBERG, PSt. Neulsenburg,

Arndt BAMBERG, 2. Revier,
Henry FALTIN, PÖA,

Jürgen GEHRE, EB,

J. GÖHLERT, PSt. Hanau I,

Stephan KEWELOH, PSt. Gelnhausen,

Michael KRAFT, PSt. Mühlheim,

Frank Ralf MÜLLER, PSt. Seligenstadt und

Rainer STEINMACHER, K33/MK

Nochmals Gratulation an alle Jubilare und weiterhin viel Schaffenskraft und Gesundheit.

Jörg Schumacher
Offenbach.

Verdienstvoller GdP'ler hatte 70. Geburtstag

Am 12. September 2008 wurde Werner Schaaf von den Seniorenvertretern der Kreisgruppe Vogelsberg Peter Richtberg und Rudi Dippel zu seinem Ehrentag aufgesucht und beglückwünscht. Der Vorsitzende war leider verhindert und hatte dem Geburtstagskind bereits telefonisch gratuliert.

Sie überreichten einen Präsentkorb der GdP, Kreisgruppe Lauterbach. Peter Richtberg würdigte die außergewöhnlichen Verdienste.

Werner Schaaf war von 1970-1972 Kassierer, 1972-1978 Vorsitzender und von 1978-1989 stellvertretender Vorsitzender der GdP Lauterbach.



Die Seniorenvertreter im Kreisgruppenvorstand Rudi Dippel (links) gratulierten dem Geburtstagskind Werner Schaaf zum 70ten.

Von 1977-1980 war er stellvertretender Bezirksgruppenvorsitzen-

der der damaligen Bezirksgruppe Wiesbaden.

Als 1980 die Bezirksgruppe Gießen (dann Mittelhessen) gegründet wurde übernahm Werner Schaaf dort das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Von 1984 bis 1990 war er außerdem Mitglied im Landesbezirksausschuss.

Neben seinen Tätigkeiten in der GdP war er von 1987 bis 1995 ehrenamtlicher Richter (Beisitzer) der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Giessen.

Werner und Marga Schaaf bedankten sich mit einem vorzüglichen Essen bei allen Gratulanten.

Kreisgruppe Vogelsberg

Fußballturnier der Bundespolizei Hünfeld

Am 03.09.2008 fand auf dem Gelände der Bundespolizei in Hünfeld zum fünften Mal das Kleinfeldbehördenturnier um den Haunecup statt.

Engeladen wie in den letzten Jahren war auch diesmal eine Fußballmannschaft des Polizeipräsidium Osthessen, die das stark besetzte Turnier bereits einmal gewinnen konnte.

Nach einem Sieg, einer Niederlage und drei Unentschieden konnte sich das osthessische Polizeiteam für das Viertelfinale qualifizieren, in dem man unglücklich nach Elfmeterschießen gegen den späteren Finalteilnehmer, die Bundespolizeiabteilung aus Bayreuth, ausschied.



Das PP Osthessen trat mit folgender Mannschaft an (v. li.): Stefan Klawonn, Michael Koch, Jörg Leimbach, Andre Bonaus, Oliver Willems, Alexander Bär, Uwe Teichmann und Stefan Schiller

Somit erreichte man dieses Jahr leider nur den sechsten Platz von 17 teilnehmenden Mannschaften.

Uwe Teichmann

Vortrag in der Gedenkstätte Point Alpha:

„Die DDR und die Niederschlagung des Prager Frühlings“

Der Vortrag des Berliner Historikers, Publizisten und Soziologen Prof. Dr. Manfred Wilke fand am 23. Oktober 2008 vor zahlreichen Zuhörern großes Interesse.

Vor nun mehr 40 Jahren protestierte 1968 das tschechoslowakische Volk friedlich gegen die Unterdrückung seiner Menschenrechte und strebte, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ an. In der Nacht zum 21. August 1968 rückten Truppen von fünf Staaten des Warschauer Paktes in die CSSR ein, um die als „Prager Frühling“ bezeichneten Reformversuche gewaltsam zu beenden. Doch die Sowjetunion walzte dieses Aufbegehren - wie im Juni 1953 in der DDR - blutig mit den Panzern nieder. Weitere „Bruderarmeen“ des Warschauer Paktes waren an dieser Invasion beteiligt. Doch Moskau, so informierte Prof. Wilke, hielt die NVA weitgehend aus diesem Konflikt heraus. Die Öffnung der russischen Archive und ein internationales Forschungsprojekt brachten diese Beweise ans Tageslicht. Diese Entscheidung des Nicht-Einmarsches der NVA fiel in Moskau.



Prof. Dr. Manfred Wilke während seines Vortrages.

Der „Prager Frühling“ war somit für viele Menschen der letzte Beweis dafür, dass sich das erstarrte sozialistische System nicht erneuern ließ, sondern bereits im Kern auf Lüge, Gewalt und Unterdrückung aufgebaut war. Der Historiker Prof. Dr. Wilke hob hervor, dass besonders

die DDR neben der Sowjetunion und Polen der schärfste Gegner der Reformen in der Tschechoslowakei war. Neben dem sowjetischen Parteichef Breschnew machte vor allem DDR-Staats- und Parteichef Walter Ulbricht unmissverständlich klar, das der von den Tschechen eingeschlagene Weg unakzeptabel sei, das Reformprojekt beendet und die Reformen unbedingt zurückgenommen werden müssten. Die Sowjetunion hatte übrigens im Vorfeld ihrer Invasion die USA und andere NATO-Staaten über ihr Vorhaben informiert. Immerhin, so informierte Manfred Wilke „Die atomare Diplomatie“ funktionierte damals.

Für seinen interessanten Vortrag erhielt der Historiker viel Beifall und stand nach seinem Beitrag den Gästen Rede und Antwort.

Richard Veltum
Geisa

Zahlreiche Dienstjubiläen im Oktober



Bernd Klippstein (links) erhält vom GdP-Kreisgruppenvorsitzenden Thomas Scheunert ein Präsent zum 40jährigen Dienstjubiläum.



Guido Schreiner (rechts) wurde für sein 25jähriges Dienstjubiläum geehrt.

Bedingt durch die Urlaubszeit fanden mehrere Dienstjubiläumsfeiern im Polizeipräsidium Osthesen statt. Für 40 Jahre im Polizeidienst wurden Bernhard Klippstein und Klaus Troch geehrt. 25 Jahre im aktiven Dienst standen die Kollegen Matthias Herr, Andreas Hirth, Guido Schreiner, Dieter Wawra, Jens Uwe Krack und Gerd Ochs.

Die Jubilare erhielten aus den Händen des Polizeipräsident bzw. Ralf Flohr ihre Ehrenurkunde. Selbstverständlich wurden zuvor ihre unterschiedliche berufliche Werdegänge reflektiert. Mehr oder wenig lange Stationen mussten die Jubilare bewältigen, bevor sie in ihrer jeweiligen Heimatnähe endlich Verwendung fanden. Kurze Rückblicke auf die polizeili-

chen Situationen wurden vorgetragen, die beweisen wie vielschichtig und zum Teil auch gefährlich der Polizeiberuf ist. Stolz und zufrieden können die Jubilare auf ihre Leistungen im Berufsleben zurückblicken.

Thomas Scheunert dankte als Personalratsvorsitzender für die geleisteten Dienste und die Kollegialität. Er erinnerte daran, dass Polizeiarbeit in erster Linie Teamarbeit ist und die Polizei nur dann erfolgreich arbeitet, wenn das interne Klima stimmt. In diesem Sinne wünschte er allen Jubilaren alles Gute für das weitere Berufsleben und überreichte den GdP-Mitgliedern der Kreisgruppe Fulda das übliche Traubengeränk.

Den Glückwünschen schlossen sich die Vorgesetzten, die Frauenbeauftragte und die Schwerbehindertenvertretung an.

Thomas Scheunert
KG Fulda



Dieter Wawra und Matthias Herr (jeweils Bild rechts) erhalten ebenfalls ein Präsent von der Kreisgruppe zum 25jährigen Dienstjubiläum.

Sommerfahrt der Vogelsberger Seniorengruppe

Am 13. August unternahmen die Senioren einen heimatkundlichen Ausflug nach Gedern. Sie besuchten das "Kulturhistorische Museum"

Dort erhielten sie eine kurze Einführung vom Vulkanradweg von heute bis zurück zur Dampfisenbahn. Der Film, mit teilweise sehr alten Bildern, sogar noch mit bekannten Personen, war interessant. Auf einer maßstabsgerechten Platte war die gesamte Strecke zu sehen und mit beleuchteten Punkten verdeutlicht.

Nach Kaffeetrinken im Gederer-Schloß umrundeten die Oldis einmal den auch aus frühen Zeiten allseits bekannten Gederner See.

Danach wartete schon Karl Mohr, Gastwirt in Rixfeld, mit einem Begrüßungstrunk und deftigem Abendessen auf die Gruppe.

Die 24 Teilnehmer des Treffens waren noch lange gemütlich beisammen.

Peter Richtberg
Kreisgruppe Vogelsberg



Interessiert betrachten die Teilnehmer das Modell des heutigen Vulkanradweges.



Peter Richtberg, der Seniorenvertreter im Vorstand der Kreisgruppe, war selbstverständlich auch mit von der Partie.

Nachruf zum Tod von Reinhold Diegmüller

Die Gewerkschaft der Polizei im Main-Kinzig Kreis trauert um Reinhold Diegmüller, der am 25.09.08 plötzlich und unerwartet kurz vor Vollendung seines 63. Lebensjahr verstarb.

Reinhold war nicht nur über 40 Jahre Mitglied der GdP, sondern vielmehr eine echte Säule in der ehemals noch eigenständigen Kreisgruppe Schlüchtern. Dort war er in den unterschiedlichsten Funktionen viele Jahre lang im Vorstand tätig. Mitgearbeitet hat er ferner im Bezirksgruppenvorstand. Als Mitglied des Landeskontrollausschusses war er sogar im Landesvorstand der GdP aktiv.



† Reinhold Diegmüller

Reinhold hat sein Herz auf der Zunge getragen hat. Er hat mit seiner Meinung nie hinter dem Berg gehalten. Das was er gedacht hat oder was ihn bewegte, hat er an geeigneter Stelle auch immer klar ausgesprochen.

Durch seinen Einsatz und sein großes Engagement hat er sich Dank und hohe Anerkennung erworben.

Wir trauern um einen Freund und Mitstreiter.

GdP Main-Kinzig

**Kreisgruppe Fulda/
PASt Petersberg**

**Stammtischter-
mine im kom-
menden Jahr**

Auch im kommenden Jahr werden wieder regelmäßige Treffen der Pensionäre der GdP-Kreisgruppen Fulda und PASt Petersberg durchgeführt.

Der Seniorenstammtisch findet in der:

Gaststätte „Jägerhaus“

Bronnzeller Str. 8,

36043 Fulda-Bronzell

statt.

Diese Treffen sollen wie immer, am zweiten Dienstag eines ungeraden Monats im Jahr stattfinden. Für das Jahr 2009 sind folgende Treffen geplant:

Dienstag, 13.01.09, 17.00 Uhr,

Dienstag, 10.03.09, 17.00 Uhr,

Dienstag, 12.05.09, 17.00 Uhr,

Dienstag, 14.07.09, 17.00 Uhr,

Dienstag, 08.09.09, 17.00 Uhr,

Dienstag, 10.11.09, 17.00 Uhr.

Die Seniorenvertreter der beiden Kreisgruppen freuen sich über eine zahlreiche Teilnahme.

Adolf Krause/Hermann Müller

Kreisgruppe Main-Kinzig

Einladung zur Pensionärsweihnachtsfeier

Am Donnerstag, dem 11.12.08 findet ab 14.00 Uhr die traditionelle Weihnachtsfeier für unsere Pensionäre statt. Wie immer ist das Vereinsheim vom PSV Grün Weiß unser Versammlungsraum.

Wir laden dazu alle Pensionäre mit Partner recht herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen lassen wir gemeinsam das Jahr 2008 Revue passieren. „Runde Geburtstag“ des

zurückliegenden Jahres dürfen sich auf kleines Geschenk freuen. Eine Anmeldung an: norbert.tumbraegel@gmx.de / peter.happ@polizei.hessen.de, (Tel.: 06051/827131) wäre wünschenswert.

Auf zahlreiches Erscheinen freut sich die Kreisgruppe Main-Kinzig.

Peter Happ/Vors.

Koch wurde abgewählt

Kommentar von Kollege Hermann Müller zum Artikel in der Fuldaer Zeitung vom 10.11.2008 zur beabsichtigten Regierungsübernahme durch SPD, Grüne und Linke.

Herr Schafraneck (Redakteur der Fuldaer Zeitung), was Sie hier treiben ist Agitation pur. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Ihr „geliebter Herr Koch“ bei der vergangenen Landtagswahl im Januar 2008 abgewählt wurde. Bisher gibt es in Deutschland keinen vergleichbaren Fall, wo nach einer Wahlniederlage ein Ministerpräsident im Amt geblieben wäre. Wie machtgeil muss dieser Mensch sein?

In Hessen wäre fast jede Koalition möglich gewesen – ohne Herr Koch und auch ohne Kommunisten. Ich erinnere Sie an die großen Demos in Wiesbaden. Jüdische Vermächtnisse, Stellenabbau bei der Polizei und anderes. Nie mit den Grünen, schon vergessen?

Zu den vier Abweichlern: Was diese drei „Helden“ –aus ihrer Sicht– angeht, ist unentschuldig. Nicht ihr Verhalten, sondern der Zeitpunkt. Herr Walter hat wohl nie seine Nichtwahl zum Parteivorsitzenden verwunden.

Rote Karte für Sie Herr Schafraneck, für Herrn Koch und für die drei Abweichler.

Seniorenvorstand tagte in der Rhön



Seniorenvorstand. Es geht nicht immer nur ernst zu bei den Sitzungen des Landesseniorenvorstandes. Zur Augustsitzung hatte Hermann Müller in eine Fischerhütte bei Hünfeld eingeladen. Dort grillte uns Carsten Bech, Vorsitzender der KG PASt Petersberg, zum Mittagessen einige geräucherte Forellen. Unser Bild zeigt die Seniorenvertreter, v.l., Kurt Grede (Nordhessen), Karl-Wilhelm Rückershäuser (Mittelhessen), Peter Ruttko (Polizeizentralbehörden), Wilfried Honecker (Westhessen), Rolf Degenhard (Südosthessen), Lothar Keller (Frankfurt), Hermann Müller (Osthessen), Gerhard Lehmann (Bereitschaftspolizei), Norbert Weinbach (Südhessen). Peter Ruttko vertrat Günter Schuster und Lothar Keller vertrat Eduard Gottschalk. NW